

Diplomatische Dokumente der Schweiz  
Documents diplomatiques suisses  
Documenti diplomatici svizzeri

1991



**Dodis**

VERÖFFENTLICHT  
DURCH DIE SCHWEIZERISCHE AKADEMIE  
DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN,  
UNTER DEM PATRONAT DER SCHWEIZERISCHEN GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE,  
MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS  
UND DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

PUBLIÉS  
PAR L'ACADÉMIE SUISSE DES SCIENCES HUMAINES ET SOCIALES,  
SOUS LE PATRONAGE DE LA SOCIÉTÉ SUISSE D'HISTOIRE,  
AVEC LE SOUTIEN DES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES  
ET DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

PUBBLICATI  
ATTRaverso L'ACCADEMIA SVIZZERA DI SCIENZE UMANE E SOCIALI,  
SOTTO IL PATROCINIO DELLA SOCIETÀ SVIZZERA DI STORIA,  
CON IL SOSTEGNO DELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO  
E DEL DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ  
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES  
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME

1991

FORSCHUNGSGRUPPE  
GROUPE DE RECHERCHE  
GRUPPO DI RICERCA

Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca  
Sacha Zala

Redaktionsleiter – Coordinateur de l'édition – Coordinatore dell'edizione  
Thomas Bürgisser

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Collaboratrices et collaborateurs –  
Collaboratrici e collaboratori

Annina Clavadetscher, Lena Heizmann, Jonas Hirschi, Mattia Mahon,  
Dominik Matter, Maurizio Rossi, Yves Steiner

**Dodis**

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT  
COMITÉ SCIENTIFIQUE  
COMITATO SCIENTIFICO

- Präsidentin Prof. Dr. Madeleine Herren, Universität Basel
- Direttore Prof. Dr. Sacha Zala, Direttore del centro di ricerca Documenti diplomatici svizzeri (Dodis) und Professor an der Universität Bern
- Sekretär Dr. Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
- Prof. Dr. Sébastien Guex, Université de Lausanne  
Prof. Dr. Claude Hauser, Université de Fribourg  
Prof. Dr. Matthieu Leimgruber, Universität Zürich  
Prof. Dr. Julia Richers, Universität Bern  
Prof. Dr. Davide Rodogno, Institut de hautes études internationales et du développement  
Prof. Dr. Kristina Schulz, Université de Neuchâtel  
Prof. Dr. Matthias Schulz, Université de Genève  
Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Universität Bern

ISBN 978-3-907261-05-7 (Hardcover)  
ISBN 978-3-907261-06-4 (Softcover)  
ISBN 978-3-907261-07-1 (.pdf)  
ISBN 978-3-907261-08-8 (.epub)  
ISBN 978-3-907261-09-5 (.mobi)  
DOI 10.5907/DDS-1991

Grafisches Konzept und Layout: Erik Dettwiler  
Bildredaktion: Aaron Estermann (Schweizerisches Nationalmuseum)

Titelbild: Der Schweizer Bundespräsident Flavio Cotti anlässlich seiner Rede am Europatag in Sils im Engadin/Segl vom 7. September 1991 vor zahlreichen nationalen und internationalen Gästen im Rahmen der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft, [dodis.ch/59980](https://dodis.ch/59980)  
(Foto: Niklaus Spoerri).

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz ([CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)) und ist Open Access online im Volltext verfügbar: [dodis.ch/DDS-1991](https://dodis.ch/DDS-1991)

© 2022 Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)  
Archivstrasse 24, 3003 Bern | [www.dodis.ch](https://www.dodis.ch)



Institut der Schweizerischen Akademie  
der Geistes- und Sozialwissenschaften  
[www.sagw.ch](https://www.sagw.ch)

 OPEN  
science

## Inhaltsverzeichnis

## Table des matières

## Sommario

I.	Vorwort	VII
	Avant-propos	IX
	Prefazione	XI
II.	Editorische Notiz	XIII
	Note éditoriale	XVIII
	Introduzione editoriale	XXIII
III.	Einleitung	XXIX
IV.	Dokumentenverzeichnis / Table des documents	
	Indice e sommario dei documenti	XLVII
V.	Dokumente / Documents / Documenti	1
VI.	Appendix / Appendice	375
	Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni	375
	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	376
	Verzeichnis der benutzten Dossiers / Liste des dossiers utilisés	
	Elenco dei dossier utilizzati	376
	Register / Index / Indici	377
	Personen / Personnes / Persone	377
	Körperschaften / Organisations / Organizzazioni	377
	Geografische Bezeichnungen / Noms géographiques	
	Denominazioni geografiche	377
	Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers	
	Liste des dossiers non rendus accessibles	
	Elenco dei dossier non resi accessibili	378



## I. Vorwort

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) beabsichtigt mit ihren zahlreichen Publikationen, einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz zu vermitteln. Sie stellt Forschung und Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung, welche die Geschichte der Aussenbeziehungen und die dichte transnationale Verflechtung der Schweiz illustrieren und deren Verständnis erleichtern. Eine breite Auffassung von grenzübergreifenden Prozessen erlaubt die Reflexion neuer, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachteter Themen, die vielfältige Einsichten in die Vernetzung der Schweiz im System der internationalen Beziehungen ermöglichen und einen schweizerischen Beitrag zur Globalgeschichte darstellen.

Als Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) steht Dodis unter dem Patronat der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* (SGG) und geniesst die Unterstützung des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) sowie des *Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten* (EDA). Die wissenschaftliche Qualität des Projekts sichert ein Beirat, in dem Professorinnen und Professoren aus den historischen Instituten der Schweizer Universitäten vertreten sind.

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) besteht aus einer ersten, abgeschlossenen Serie über die Periode 1848–1945 (15 Bände) sowie einer zweiten Serie über die Periode 1945–1989 (bislang 12 Bände). Der vorliegende Band setzt die dritte Serie über die Jahre 1990–1999 fort. Diese soll zeitnah an der Öffnung der Archivbestände – entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für das Archivgut des Bundes – mit jährlichen Bänden erscheinen. Mit dem unmittelbaren Zugang zu den Dokumenten nach Ablauf der Schutzfrist erreichen die von Dodis publizierten Dokumente einen bislang nicht realisierten Aktualitätsbezug, der neue Forschungen zur Zeitgeschichte inspirieren und fördern soll. Nebst der stetig wachsenden Menge an Dokumenten der Bundesverwaltung haben die verstärkte internationale Vernetzung und die wachsende Bedeutung transnationaler Fragestellungen die relevanten Bestände für aussenpolitische Analysen substanziell erweitert. Mit dieser massiven Zunahme steigt auch die Bedeutung der Auswahl der für den jeweiligen Zeitraum relevanten Aktenstücke: In den einleitenden Texten sowie im Anhang liefert der Forschungsleiter alle nötigen Informationen, um die Transparenz der getroffenen Selektion zu garantieren.

Durch die bereits eingesetzte Massendigitalisierung von Archivgut und die baldige Zunahme digitaler Quellenbestände wird die Anzahl digital verfügbarer Quellen nochmals massiv ansteigen. Umso wichtiger ist es, deren wissenschaftliche Relevanz durch präzise erfasste quellenkritische Merkmale und die Verwen-

dung von Metadaten sicherzustellen. Die DDS-Bände werden seit 1997 durch die Online-Datenbank Dodis ergänzt ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)), die international als Pionierleistung gilt und sich durch hohe Nutzungsfrequenzen auszeichnet. Durch die in den letzten Jahren erfolgten kontinuierlichen Verbesserungen an der Datenbank Dodis hat die Forschungsstelle eine führende Rolle im Netzwerk der internationalen Editoren diplomatischer Dokumente erreicht. Die frei zugängliche Datenbank enthält momentan rund 33 000 Dokumente über die gesamte Periode des Bundesstaats ab 1848. Im vorliegenden Band 1991 wurden 62 Dokumente ediert, welche durch die zahlreichen Querverweise und Verknüpfungen im Anmerkungsapparat und in den Registern auch als Orientierungshilfe zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen in der Datenbank Dodis dienen. Alleine aus dem Jahr 1991 hat die Forschungsstelle rund 1700 weitere Dokumente im Faksimile mit präzisen Metadaten publiziert.

Wie sehr das vielfältige Angebot neue Forschungszugänge befördert und zu neuen Erkenntnissen führt, zeigt unter anderem die Reihe *Quaderni di Dodis*, die Monografien, Sammelbände und thematische Quellensammlungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz enthält. Kürzere Forschungsbeiträge zu denselben Themen können in der Zeitschrift *Saggi di Dodis* veröffentlicht werden. Alle Dodis-Publikationen sind dem Open-Access-Prinzip verpflichtet und können in verschiedenen Formaten frei heruntergeladen werden.

Von der Publikation der Quellenbände, der steten Verbesserung der Datenbank Dodis, der Herausgabe aller anderen Veröffentlichungen sowie den weiteren fruchtbaren wissenschaftlichen Aktivitäten der Forschungsstelle erhoffen wir uns zweierlei: Das Forschungs- und Editionsprojekt soll einerseits dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen, Journalisten, Forscherinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch allen Mitgliedern von Regierung, Parlament, Bundesverwaltung und Diplomatie aussenpolitische Orientierungshilfe geben und Wissen vermitteln, das bislang nur unter grossem Aufwand zu erlangen war. Es gilt also, das Projekt weiterhin auf Kurs zu halten und über die Dokumentation grenzübergreifender Verflechtungsprozesse die globale Vernetzung der Schweiz analytisch greifbar und einer kritischen Lektüre zugänglich zu machen.

Bern, Dezember 2021

MADELEINE HERREN  
Präsidentin  
des wissenschaftlichen Beirates

SACHA ZALA  
Direktor  
der Forschungsstelle Dodis

## I. Avant-propos

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) s'applique, à travers ses nombreuses publications, à dresser un panorama de l'ensemble des relations internationales de la Suisse. Pour ce faire, il met à disposition de la recherche et du grand public une sélection de sources officielles. Celles-ci illustrent l'histoire des relations extérieures de la Suisse et de sa dense intégration transnationale tout en facilitant la compréhension. Une vue d'ensemble des processus transfrontaliers permet de réfléchir à des sujets inédits, n'ayant encore guère reçu d'attention dans le débat public. Ces sujets offrent un large éventail d'aperçus sur la mise en réseau de la Suisse dans le système des relations internationales. Ils représentent enfin la contribution suisse à l'histoire mondiale.

En tant qu'institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH), Dodis est placé sous le patronage de la *Société suisse d'histoire* (SSH) et bénéficie du soutien des *Archives fédérales suisses* (AFS) ainsi que du *Département fédéral des affaires étrangères* (DFAE). La qualité scientifique du projet est assurée par un comité composée de professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* (DDS) se compose d'une première série, intégralement publiée, couvrant la période 1848–1945 (15 volumes) et d'une deuxième série couvrant la période 1945–1989 (12 volumes à ce jour). Le présent volume poursuit la troisième série consacrée aux années 1990–1999. Cette collection se déclinera en volumes contenant des documents d'une seule année, publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes, à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Rendus accessibles immédiatement après l'expiration de leur période de protection, ces documents publiés par Dodis sont d'une actualité jusqu'à présent jamais atteinte. Celle-ci devrait ainsi insuffler de nouvelles recherches en histoire contemporaine. Outre le nombre toujours croissant de documents provenant de l'administration fédérale, le renforcement de l'intégration internationale et l'importance accrue des questions transnationales ont considérablement élargi les fonds d'archives pertinents pour l'analyse de la politique étrangère. Cette augmentation substantielle des sources renforce également l'importance de la sélection des documents pertinents de la période: dans les textes introductifs ainsi qu'en annexe, le directeur de la recherche fournit toutes les informations nécessaires pour garantir la transparence de ses choix.

Le nombre de sources disponibles en format numérique va croissant. En effet, la numérisation des archives progresse à un rythme soutenu, alors que les sources originellement numériques vont, de façon imminente, se multiplier. Il est donc

d'autant plus capital d'assurer la pertinence scientifique des sources en les soumettant à une critique précise et en recourant aux métadonnées. Depuis 1997, les volumes des DDS ont été prolongés par la base de données en ligne Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)). Considérée comme une réalisation pionnière au niveau international, elle jouit de fréquences d'utilisation élevées. Grâce aux améliorations continues apportées à sa base de données ces dernières années, le centre de recherche Dodis a acquis un rôle de premier plan dans le réseau des éditeurs internationaux de documents diplomatiques. La base de données en libre accès contient actuellement environ 33 000 documents couvrant toute la période de l'État fédéral depuis 1848. 62 documents ont été choisis pour l'édition du présent volume de l'année 1991. Les nombreux renvois et liens dans l'appareil d'annotation et dans les index guident en outre vers d'autres documents, thématiques, personnes, organisations et noms géographiques de la base de données Dodis. Rien que pour l'année 1991, le centre de recherche a publié quelque 1700 documents supplémentaires sous forme de facsimilés, indexés avec des métadonnées précises.

Les multiples accès offerts par Dodis à la recherche sur l'histoire des relations internationales et à la politique étrangère de la Suisse ouvrent de nouvelles perspectives et approches. À cet égard, la série *Quaderni di Dodis* présente des monographies, des volumes collectifs et des recueils thématiques de sources sur ces sujets. Des contributions plus courtes, traitant souvent de travaux universitaires, sont publiées dans la revue *Saggi di Dodis*. À l'instar des autres publications de Dodis, les *Quaderni* et les *Saggi* respectent le principe du libre accès et peuvent ainsi être téléchargés gratuitement dans différents formats.

La publication des éditions de sources, l'amélioration constante de la base de données Dodis, la publication des *Quaderni* et des *Saggi di Dodis*, de même que les autres activités scientifiques fécondes du centre de recherche, permettent un double constat. D'abord, le projet de recherche et d'édition constitue une contribution pour les citoyennes et citoyens, les journalistes, ainsi que les chercheuses et chercheurs afin de mieux comprendre les défis auxquels la Suisse a été confrontée tout au long de l'histoire de ses relations extérieures. Enfin, ce projet fournit également à tous les membres du gouvernement, du parlement, de l'administration fédérale et de la diplomatie des clés de compréhension de la politique étrangère, ainsi que des connaissances qui, auparavant, ne pouvaient être obtenues qu'à grands frais. Il est donc essentiel de maintenir le projet sur la bonne voie, de manière à ce que, grâce à la documentation des nombreux processus d'intégration transfrontaliers, le réseau mondial de relations de la Suisse devienne analytiquement compréhensible et accessible à une lecture critique.

Berne, décembre 2021

MADELEINE HERREN  
Présidente  
du Comité scientifique

SACHA ZALA  
Directeur  
du centre de recherche Dodis

## I. Prefazione

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) intende, con le sue numerose pubblicazioni, fornire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Il centro mette a disposizione della ricerca e del pubblico una selezione di fonti ufficiali che illustrano e facilitano la comprensione della storia delle relazioni internazionali e della densità dei legami transfrontalieri della Svizzera. Un'ampia panoramica dei processi transnazionali permette una riflessione su nuovi temi ancora poco presenti nel dibattito pubblico, offrendo una serie di spunti di riflessione sull'interconnessione della Svizzera nel sistema delle relazioni internazionali e costituendo così un apporto svizzero alla storia globale.

Quale istituto dell'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali* (ASSUS), Dodis è posto sotto il patrocinio della *Società svizzera di storia* (SSS) e gode del sostegno dell'*Archivio federale svizzero* (AFS) così come del *Dipartimento federale degli affari esteri* (DFAE). La qualità scientifica del progetto è assicurata da un comitato composto da professoresse e professori degli istituti storici delle università svizzere.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è costituita da una prima serie completa che copre il periodo 1848–1945 (15 volumi) e da una seconda serie che copre il periodo 1945–1989 (finora 12 volumi). Il presente volume continua la terza serie che copre gli anni 1990–1999. Questa nuova serie sarà realizzata tempestivamente – lungo il termine di protezione trentennale previsto dalla Legge federale sull'archiviazione – mediante l'apparizione di volumi annuali. Grazie all'accesso offerto ai documenti immediatamente dopo la scadenza dei termini legali di protezione si raggiunge un livello di attualità finora inedito, permettendo così di promuovere nuove ricerche nel campo della storia contemporanea. A causa della quantità sempre più massiccia di documenti dell'amministrazione federale, del rafforzamento dei legami internazionali e dell'importanza crescente delle questioni transfrontaliere, le questioni importanti relative alle analisi sulla politica estera si sono moltiplicate. Parallelamente a questo aumento, è cresciuta anche l'importanza della selezione e dell'analisi dei dossier pertinenti per il periodo corrispondente: nei testi introduttivi, come pure nelle appendici, il direttore della ricerca fornisce tutte le informazioni necessarie a garanzia della trasparenza della selezione effettuata.

Attraverso la digitalizzazione di massa dei fondi d'archivio già in atto e dell'imminente aumento delle fonti di origine digitale, la quantità di documenti accessibili digitalmente aumenterà sempre più massicciamente. In futuro sarà dunque essenziale, alla luce di questi sviluppi, poter valutare accuratamente la rilevanza scientifica dei documenti attraverso annotazioni critiche precise e l'uso di metadati. Fin dal 1997 i volumi dei DDS vengono affiancati dalla banca dati Dodis

([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)), la quale viene riconosciuta internazionalmente come un'opera pionieristica e gode di un elevato livello di frequentazione. Grazie al costante miglioramento della banca dati messo in atto negli ultimi anni, il centro di ricerca ha acquisito un ruolo trainante nell'ambito della rete internazionale degli editori di documenti diplomatici. Liberamente accessibile su internet, la banca dati Dodis contiene al momento più di 33 000 documenti che coprono l'insieme del periodo dello Stato federale dal 1848. L'attuale volume 1991 contiene l'edizione di 62 documenti. I numerosi riferimenti incrociati e collegamenti presenti nell'apparato delle annotazioni e nei registri servono anche come orientamento verso altri documenti, temi, persone, istituzioni e denominazioni geografiche presenti nella banca dati Dodis. Solamente per l'anno 1991, il centro di ricerca ha pubblicato all'incirca ulteriori 1700 documenti in facsimile con i relativi metadati.

Quanto incisivo sia l'impatto della varietà di percorsi d'accesso offerto alla ricerca per promuovere nuovi approcci è mostrato tra l'altro dalla serie *Quaderni di Dodis*, che contiene monografie, volumi collettanei e raccolte tematiche di documenti riguardanti la storia contemporanea e la politica estera. Contributi di ricerca più brevi sulle relazioni internazionali della Svizzera, spesso tratti da lavori universitari, vengono pubblicati sulla rivista *Saggi di Dodis*. Tutte le pubblicazioni del centro di ricerca rispettano il principio del libero accesso e possono essere liberamente scaricate in vari formati.

La pubblicazione dei volumi di documenti, il miglioramento costante della banca dati, senza dimenticare tutte le altre pubblicazioni, così come l'ulteriore e fruttuosa attività scientifica svolta dal centro di ricerca debbono permetterci di raggiungere due obiettivi: da un lato, il progetto di ricerca e d'edizione deve contribuire a fornire a cittadine e cittadini, analiste e analisti, giornaliste e giornalisti, ricercatrici e ricercatori interessati una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera si è vista costantemente confrontata nell'ambito delle sue relazioni internazionali. D'altro canto, si tratta altresì di fornire a tutte e tutti coloro che sono attivi in politica, in governo, in parlamento, nell'amministrazione federale e nella diplomazia un aiuto per orientarsi nel mondo degli affari esteri e trasmettere un sapere fino ad ora difficilmente accessibile. È quindi di vitale importanza che il progetto sia mantenuto sulla rotta imboccata cosicché, attraverso la documentazione dei molteplici processi d'integrazione transfrontalieri, la rete globale di relazioni della Svizzera diventi analiticamente tangibile e sia accessibile ad una lettura critica.

Berna, dicembre 2021

MADELEINE HERREN  
Presidente  
del comitato scientifico

SACHA ZALA  
Direttore  
del centro di ricerca Dodis

## II. Editorische Notiz

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) ist ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) und entsprechend eine Institution der freien Forschung. Dodis ist die Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, deren Auftrag auf dem Bundesbeschluss zur Forschungsförderung basiert. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ist ein Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz. Der vorliegende Band zum Jahr 1991 setzt die dritte Serie der DDS über die Jahre 1990–1999 fort, welche die Umbruchszeit nach dem Ende des «Kalten Krieges» dokumentiert und für die historische Forschung erschliessen will. Die Dokumente der dritten Serie der DDS werden zeitnah an der Öffnung der Archivbestände, entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für Archivgut des Bundes, publiziert. Damit verleiht das Editionsprojekt der zeithistorischen Forschung entscheidende Impulse und soll als Katalysator und Orientierungshilfe für weitere Recherchen dienen.

Die Forschungsstelle Dodis besteht zurzeit aus mehr als 20 Personen: einem Dutzend Historikerinnen und Historikern sowie aus fast so vielen wissenschaftlichen Hilfskräften, Studierenden, Personen in einem Praktikum und Zivildienstleistenden, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Der Direktor der Forschungsstelle Dodis wird von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt, in welchem Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten sind. Die engen personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind nicht nur für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen, sondern auch für die Nachwuchsförderung von zentraler Bedeutung. Durch die Publikation zahlreicher Studien in der Reihe *Quaderni di Dodis* und in der Zeitschrift *Saggi di Dodis*, die jeweils einen direkten Bezug zu den Editionsarbeiten aufweisen, wird die Historiografie zu den internationalen Beziehungen der Schweiz effektiv gefördert.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche ein möglichst breites Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der massgeblichen Akteurinnen und Akteure exemplarisch wiedergibt. Die Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsstelle untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Die ausgewählten Dokumente werden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)) als Faksimile mit

allen relevanten Metadaten veröffentlicht. Aus diesem Fundus wird eine noch engere Auswahl an Dokumenten, die sich besonders paradigmatisch für die Illustration einer Problematik eignen, für die Bände der Serie DDS ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen. Für das nun vorliegend erforschte Jahr 1991 wurden aus den zahlreichen konsultierten Beständen 62 Dokumente in den Band und weitere rund 1700 Dokumente in die Datenbank Dodis aufgenommen.

In den DDS-Bänden werden insbesondere Dokumente präsentiert, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat jedes Dokumentes werden Permalinks angegeben, die gleichzeitig auch ihre persistente Internet-Adresse darstellen. Diese Permalinks ermöglichen direkte und dauerhafte Verweise auf Dokumente und Themen sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geografische Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse an. Vielmehr versucht die Forschungsstelle, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen und Entscheidungsprozessen zentral sind.

Die ausgewählten Dokumente zum Jahr 1991 stammen in der Regel aus dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Punktuell wurde die Selektion mit Akten aus anderen Archiven ergänzt (vgl. das *Verzeichnis der benutzten Dossiers* im *Appendix*). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Beschlüsse des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen werden berücksichtigt.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsstelle Dodis für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft* gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Wissenschaftsunternehmen ist die Forschungsstelle Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsstelle ist dem von der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im *Bundesgesetz über die Archivierung* (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, listet die Forschungsstelle Dodis im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers* im *Appendix* alle Dossiers auf, die sie aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsstelle Dodis nicht konsultierbaren Dossiers ist ferner online zugänglich. Für Dossiers, für die der Forschungsstelle Dodis im ordentlichen Forschungsprozess aus rechtlichen Gründen die Konsultation verweigert wurde, werden in regelmässigen Abständen erneut Einsichtsgesuche gestellt. Damit wird der aktenabliefernden Stelle die Möglichkeit geboten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen. Eine Liste der nachträglich freigegebenen Dossiers inklusive der gegebenenfalls daraus publizierten Dokumente ist ebenfalls online zugänglich unter der Adresse [dodis.ch/dds/BGA](http://dodis.ch/dds/BGA).

Im Dokumententeil richtet sich die Struktur des Bandes nach den international geltenden, klassischen Grundsätzen der Editionen diplomatischer Dokumente. Die Dokumente werden nach Verfassungsdatum in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente.

Im Allgemeinen sind die Transkriptionen der Dokumente im Band und die Faksimiles in der Datenbank Dodis vollständig abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit transkribierten und annotierten Dokumenten sowie Faksimiles erlaubt es, in den DDS-Bänden vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichte, aber auch Protokolle von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in vergleichbare Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind immer durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugeordnet werden kann. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Faksimile immer in ganzer Länge konsultierbar. Die Transkriptionen erfolgen nach den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) und können somit auch im Internet im HTML-Format konsultiert oder im maschinenlesbaren XML-Format heruntergeladen und weiterverwendet werden.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente sowie den Anmerungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Zwischentitel, Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgebenden in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthografie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. [dodis.ch/58092](http://dodis.ch/58092)) für das Auffinden des Faksimiles und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in VERSALIEN gesetzt.

Die erste Anmerkung jedes Dokuments verweist über die Archivsignatur auf den Fundort. Zusätzlich zu den Archivsignaturen werden auch die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.11.61.1), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sichern sowie weiterführende Recherchen erleichtern soll. Ferner enthält die erste Anmerkung auch eingehende Informationen zur Quellengattung, ggf. die Ordnungsnummer des Aktenstücks und mögliche Hinweise auf die Autorschaft, die Adressaten und den Entstehungskontext sowie weitere relevante quellenkritische Informationen.

Die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben wird zugunsten der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text immer mit dem Faksimile des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Die Anmerkungen und redaktionellen Texte orientieren sich an einer geschlechtergerechten Sprache, wobei die Formen bewusst nach dem historischen Kontext ausgewählt werden. Quellenbegriffe wie «Botschafterkonferenz» oder «Ministertreffen» werden übernommen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden zahlreiche Hinweise zu weiterführenden Dokumenten, Themen, Zusammenstellungen oder Archivbeständen angegeben. Soweit möglich, werden Dokumente, die in den veröffentlichten Transkriptionen erwähnt sind, ebenfalls erschlossen. Konnte ein referenziertes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht gefunden werden, ist die Formel «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*» angegeben.

Der *Appendix* des Bandes führt zu dynamischen Online-Verzeichnissen und Registern, welche die hier edierten Dokumente mit zahlreichen Informationen in den vier Sprachen der Datenbank Dodis verbinden. So gruppiert ein *thematisches Verzeichnis* die Dokumente nach den Themenschwerpunkten des Jahres 1991, die wiederum zu weiteren verknüpften Dokumenten aus anderen Zeitperioden führen. Register zu *Personen*, *Körperschaften* und *geografischen Bezeichnungen* ermöglichen das rasche, mehrsprachige Auffinden der gesuchten Informationen.

Die Bände der dritten Serie der DDS (1990–1999) sollen just zum Zeitpunkt der Freigabe der Archivbestände erscheinen und somit eine Orientierungshilfe für neue Forschungen bieten. Der vorliegende Band zum Jahr 1991 erscheint pünktlich zum Jahresanfang 2022. Dieses ehrgeizige Ziel wäre nicht ohne den ausserordentlichen Einsatz aller Mitglieder der Forschungsstelle möglich gewesen. Für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für die Freude an der täglichen Forschungsarbeit selbst unter den erschwerten Bedingungen der aktuellen Pandemie danke ich herzlich meinen langjährigen Kollegen Thomas Bürgisser und Yves Steiner sowie den Forscherinnen und Forschern Annina Clavadetscher, Jonas Hirschi, Mattia Mahon und Dominik Matter. Ohne den unermüdlichen Einsatz von Maurizio Rossi und Lena Heizmann würde das technische Innovationspotential der Forschungsstelle mit ihrer Vielzahl von unterschiedlichen Systemen und Technologien kaum derart ausgeschöpft werden können, während Christiane Sibille und Tobias Steiner mit dem Projekt Metagrid, die Online-Vernetzung von geisteswissenschaftlichen Ressourcen national wie international entschieden fördern. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsstelle kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften Antonio Giannico, Fabio Guldimann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Janick Rüttimann, Philip Stevanon, Febe Tognina und Marion Wagnières. Eine wichtige und wertvolle Ergänzung der Forschungsstelle bildete die grosse Equipe von Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie die zahlreichen Zivildienstleistenden, denen ich bestens danke: Jan Ackermann, Christophe Bertrand, Lorenz Bischof, Thaddäus Braun, Rudi Brügger, Yannick Dittrich, Agnès Dubler, Cédric Girardin, Benedikt Gottstein, Etienne Gubler, Jacopo Hübscher, Andri Hummel, Julian Yves Jouini, Thomas Leu, Gianni Perlini, Arian Schenk, Yael Schiess, Fabian Schläpfer, Joel Sivakumaran, Simon Staudemann, Theodor Truffer, Joel Wehrle, Christian Wüthrich und Sebastian Zünd. Gleichzeitig freue ich mich, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle Dodis geleisteten Arbeitseinsätze auch einen erfolgreichen Beitrag zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung darstellen.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, welche die Forschungsstelle Dodis finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften*, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser, dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, insbesondere dessen Direktor Philippe Künzler und seinem Stellvertreter Stefan Kwasnitza sowie dem *Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten*, vertreten durch Generalsekretär Markus Seiler und die Chefin des Dokumentationsdiensts Elena Wildi-Ballabio. Der wissenschaftliche Beirat, vertreten durch dessen Präsidentin Madeleine Herren, hat mich stets bei allen neuen Projekten, Initiativen und technischen Innovationen kraftvoll unterstützt und freundschaftlich angespornt, auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten. Möge dieser pünktlich zur Öffnung der Archive erschienene Band sie alle für ihr Vertrauen, das Teilen dieses visionären Ziels und ihre stete Unterstützung verdanken.

## II. Note éditoriale

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) est une entreprise de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH) et constitue à ce titre une institution de recherche libre. Dodis forme le pôle de compétence en histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure. Sa mission se base sur l'arrêté fédéral relatif à l'encouragement de la recherche. L'édition *Documents diplomatiques suisses* (DDS) est une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. Le présent volume sur l'année 1991 poursuit la troisième série des DDS consacrée aux années 1990–1999 et documentant ainsi la période troublée qui suit la fin de la «guerre froide». Cette collection ouvrira de nouvelles perspectives de recherche: les documents de la troisième série des DDS (1990–1999) seront publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes – à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Ce faisant, le projet d'édition donnera des impulsions décisives à la recherche historique contemporaine; il pourra également servir de catalyseur et de boussole pour de futures recherches.

Le centre de recherche Dodis compte actuellement plus de 20 personnes: une douzaine d'historiennes et d'historiens et presque autant d'assistantes et assistants scientifiques, d'étudiantes et étudiants, de stagiaires et de civilistes recrutés au sein des universités suisses. Le directeur du centre de recherche Dodis est soutenu par un comité scientifique, dans lequel siègent des professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels étroits entre Dodis et la recherche universitaire jouent un rôle primordial, non seulement afin de déterminer les thèmes et problématiques essentiels, mais également pour assurer la promotion de la relève. La publication de nombreuses études directement liées aux travaux d'édition dans la série *Quaderni di Dodis* ou dans la revue *Saggi di Dodis* nourrit efficacement l'historiographie des relations internationales de la Suisse.

Le but de l'édition est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les *Archives fédérales suisses* (AFS), une sélection de documents rendant compte aussi largement que possible de la politique extérieure de la Suisse et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les principaux acteurs et actrices ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents qui les reflètent sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le centre de recherche.

Les documents sélectionnés sont indexés de manière critique et précise. Ils sont publiés en libre accès sur la base de données en ligne Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)), sous forme de facsimilés et enrichis de l'ensemble des métadonnées pertinentes. Une

sélection restreinte des documents de ce corpus est transcrite dans les volumes de la série des DDS et accompagnée d'un appareil critique approfondi. Pour l'année 1991, quelque 1700 documents pour la base de données Dodis et 62 documents pour le volume ont été choisis parmi les nombreux fonds d'archives consultés.

Les volumes des DDS présentent en particulier des documents offrant un large aperçu d'une thématique, tandis que de nombreuses notes de bas de page sur des sujets spécifiques ou des thématiques connexes renvoient vers d'autres documents de la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permaliens figurent dans l'appareil critique de chaque document et fonctionnent comme adresse internet pérenne. Ces permaliens renvoient directement et durablement à des documents et des thématiques, de même qu'à des informations supplémentaires concernant des personnes, des organisations ou des noms géographiques, simplifiant ainsi l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique – mais en aucun cas exhaustive – d'événements de politique internationale. Le centre de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers ses aspects les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue de la Suisse sur des événements importants et, enfin, des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets et de processus de prise de décision.

Les documents sélectionnés pour l'année 1991 proviennent d'abord des *Archives fédérales suisses*, chargées de conserver les actes du parlement, du gouvernement et des départements fédéraux (ministères). Par endroits, la sélection de documents a pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds d'archives (cf. la *liste des dossiers consultés* dans l'*appendice*). Le gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. En outre, tous les départements et les unités administratives sont, directement ou indirectement, en prise avec des questions de politique extérieure. Pour cause, l'imbrication de cette dernière à la politique intérieure et transnationale ne cesse de s'accroître. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du *Département fédéral des affaires étrangères*. Un nombre non négligeable de documents provient du gouvernement lui-même, tels que les procès-verbaux de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents départements et unités administratives, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du parlement. À ces sources s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du centre de recherche Dodis sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que toutes les chercheuses et chercheurs.

L'article 20 de la *Constitution fédérale de la Confédération suisse* garantit la liberté scientifique. Le centre de recherche Dodis, en sa qualité d'entreprise active dans le domaine de la science, jouit donc d'une pleine liberté dans le choix des documents qu'il souhaite publier, dans le respect des dispositions légales applicables. La responsabilité scientifique appartient au directeur de Dodis. Le centre de recherche Dodis applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la *Société suisse d'histoire* (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la *Loi fédérale sur l'archivage* (LAr) du 26 juin 1998. À des fins de vérification scientifique de ses travaux, le centre de recherche Dodis détaille dans la *liste des dossiers non rendus accessibles*, dans l'*appendice*, tous les dossiers qu'il n'a pu consulter eu égard aux dispositions juridiques en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y sont également expliquées. Au surplus, figurent à cet endroit les demandes de consultation adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste complétée et actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au centre de recherche Dodis est disponible en ligne. À intervalles réguliers, le centre de recherche Dodis réitère les requêtes de consultation pour lesquels dossiers il n'a pas reçu, pour des raisons juridiques, d'autorisation durant son processus de recherche. Il offre ainsi au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé de la prolongation du délai de protection. Des listes comprenant, d'une part, les dossiers rendus accessibles ultérieurement et, d'autre part, les documents publiés à partir de ces dossiers sont disponibles à l'adresse [dodis.ch/dds/LAr](http://dodis.ch/dds/LAr).

La structure du corps du texte du volume répond aux principes classiques et internationalement reconnus d'édition des documents diplomatiques. Ces derniers sont ainsi présentés dans un strict ordre chronologique, établi en fonction des dates de rédaction. Une *table des documents*, servant d'index et augmentée d'un résumé dans la langue du document, facilite en outre l'utilisation du volume.

Les transcriptions des documents ainsi que leurs facsimilés dans la base de données Dodis sont en principe publiés dans leur intégralité. La publication conjointe des documents sous forme de transcription annotée et de facsimilé permet de raccourcir, dans les volumes des DDS, certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place *in extenso* dans d'autres éditions de sources. Les passages non reproduits sont cependant toujours indiqués comme tels par des points de suspension entre crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les formules de politesse ont été omises sans autres indications, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière. Les documents en question sont par ailleurs toujours consultables en intégralité dans la base de données Dodis. Enfin, les transcriptions sont effectuées selon les normes de la Text Encoding Initiative (TEI). Elles peuvent dès lors être consultées sur internet au format HTML, ou être téléchargées puis utilisées au format interopérable XML.

La partie rédactionnelle, comprenant l'en-tête des documents et les annotations, est écrite dans la langue du document, soit en général dans l'une des langues officielles (allemand, français et italien). Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (sous-titres, textes soulignés ou en caractères

espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* et entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre formalité dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalien (p. ex. [dodis.ch/58092](https://dodis.ch/58092)) qui renvoie au facsimilé du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, les éventuels classifications et degré d'urgence (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de la rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en CAPITALES de caractère romain.

La première note de bas de page de chaque document indique le fonds d'archives par sa cote. En plus de cette dernière, les *cadres de classement* des dossiers, tels qu'ils apparaissent dans les instruments de recherche, sont indiqués entre parenthèses (p. ex. B.25.61.1), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Cette première note contient également des informations détaillées sur le type du document, le cas échéant sur le numéro de série ainsi que des références relatives à l'auteur ou l'autrice, aux destinataires, au contexte d'origine ou à tout autre élément pertinent pour l'examen critique des sources.

L'écriture des majuscules et des minuscules dans les télégrammes et les télex a été adaptée de façon à faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est toujours possible de comparer et de contrôler le texte reproduit dans le volume avec le facsimilé du document original dans la base de données Dodis.

Les annotations et les textes éditoriaux sont rédigés dans une perspective de non-discrimination entre les sexes, avec un choix de termes dépendant du contexte historique. Les formules comme «conférence des ambassadeurs» ou «réunion des chefs d'État» sont reprises des sources.

Par ailleurs, l'appareil critique fournit des renvois à des documents, thématiques, compilations ou fonds d'archives connexes. Dans la mesure du possible, les documents mentionnés dans le corps des textes publiés sont également référencés. La formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» indique qu'un document évoqué a fait l'objet d'une recherche approfondie qui n'a pas abouti.

L'*appendice* du volume mène à des listes et index dynamiques en ligne, qui relient les documents édités ici à une multitude d'informations disponibles dans les quatre langues de la base de données Dodis. Ainsi, une *table méthodique* regroupe les documents en fonction des axes thématiques de 1991, ce qui permet par la suite de consulter des documents d'autres périodes portant sur les mêmes thématiques. Les *index* des *personnes*, des *organisations* et des *noms géographiques* permettent d'accéder rapidement et dans plusieurs langues à l'information recherchée.

Les volumes de la troisième série des DDS (1990–1999) seront publiés concomitamment à l'expiration du délai de protection des fonds d'archives et serviront ainsi de guide pour de nouvelles recherches. Le présent volume portant sur l'année 1991 est publié en début d'année 2022, conformément au calendrier prévu – un objectif ambitieux qui n'aura été possible que grâce à l'engagement de tous

les instants des membres du centre de recherche. Pour le plaisir partagé de la connaissance scientifique et pour l'enthousiasme du travail de recherche quotidien, même dans les conditions difficiles de l'actuelle pandémie, je remercie chaleureusement mes collègues de longue date Thomas Bürgisser et Yves Steiner, ainsi que les chercheuses et chercheurs Annina Clavadetscher, Jonas Hirschi, Mattia Mahon et Dominik Matter. Sans les efforts inlassables de Maurizio Rossi et Lena Heizmann, l'innovation technique du centre de recherche, avec sa multitude de systèmes et de technologies, n'aurait guère pu être aussi aboutie. En parallèle, Christiane Sibille et Tobias Steiner, avec le projet Metagrid, sont les chevilles ouvrières de la mise en réseau numérique des ressources des sciences humaines et sociales, tant sur le plan national qu'international. Dans toutes ses tâches, le centre de recherche a pu compter sur le soutien indéfectible des assistantes et assistants scientifiques Antonio Giannico, Fabio Guldemann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Janick Rüttimann, Philip Stevanon, Febe Tognina et Marion Wagnières. En outre, j'adresse mes remerciements à l'équipe nombreuse de stagiaires universitaires et de civilistes, qui ont constitué un apport important et précieux: Jan Ackermann, Christophe Bertrand, Lorenz Bischof, Thaddäus Braun, Rudi Brügger, Yannick Dittrich, Agnès Dubler, Cédric Girardin, Benedikt Gottstein, Etienne Gubler, Jacopo Hübscher, Andri Hummel, Julian Yves Jouini, Thomas Leu, Gianni Perlini, Arian Schenk, Yael Schiess, Fabian Schläpfer, Joel Sivakumaran, Simon Staudenmann, Theodor Truffer, Joel Wehrle, Christian Wüthrich und Sebastian Zünd. Je ne puis à cet instant que me réjouir de ces nombreuses missions auprès du centre de recherche Dodis. Elles sont le témoin d'une contribution réussie à la promotion de la relève dans le domaine de la recherche scientifique.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de recherche Dodis ou le soutiennent d'un point de vue logistique, et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales*, notamment son secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les *Archives fédérales suisses*, en particulier leur directeur, Philippe Künzler, et son suppléant, Stefan Kwasnitza; le *Département fédéral des affaires étrangères*, représenté par son secrétaire général Markus Seiler et la cheffe du Service de documentation, Elena Wildi-Ballabio. Le comité scientifique, par la voix de sa présidente Madeleine Herren, m'a toujours soutenu dans les nouveaux projets, initiatives et avancées techniques, et nous a ainsi amicalement encouragé à poursuivre le chemin emprunté. Que toutes les personnes qui ont contribué par leur confiance, leur soutien et leur partage de cet objectif visionnaire soient remerciées par la publication, à temps pour l'ouverture des archives, de ce nouveau volume.

## II. Introduzione editoriale

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) è un istituto dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali* (ASSUS) e come tale rappresenta un progetto di ricerca libero e indipendente. Dodis costituisce un polo di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera i cui compiti sono definiti dal decreto federale sulle istituzioni che promuovono la ricerca. L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. L'attuale volume, dedicato all'anno 1991, continua la terza serie dei DDS che copre gli anni 1990–1999. Questo periodo è caratterizzato dalla fine della «guerra fredda» e dalla relativa incertezza causata dalla fine del bipolarismo. I documenti di questa terza serie dei DDS vengono pubblicati tempestivamente seguendo la graduale apertura dei fondi archivistici soggetti a un termine di protezione legale di 30 anni. L'obiettivo di questa serie è dunque quello di fungere da catalizzatore, da stimolo e da guida per promuovere nuove ricerche sulla storia contemporanea.

Il centro di ricerca Dodis è attualmente composto da più di 20 persone: una dozzina di storiche e storici e quasi altrettante e altrettanti assistenti di ricerca, studentesse e studenti, persone in formazione o che prestano servizio civile, reclutate e reclutati dalle università svizzere. Il direttore del centro di ricerca è sostenuto da un comitato scientifico, composto da professoressse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. Gli stretti contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria rivestono un'importanza di primo piano non soltanto per l'individuazione delle questioni di ricerca e dei temi rilevanti in base ai quali orientare il lavoro di analisi e selezione; essi sono pure essenziali per la promozione di giovani talenti. Nella collana *Quaderni di Dodis* e nella rivista *Saggi di Dodis* vengono pubblicati numerosi studi che hanno uno stretto legame con le ricerche del centro. Questa feconda attività editoriale promuove in misura determinante la storiografia sulle relazioni internazionali della Svizzera.

L'obiettivo dell'edizione, che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'*Archivio federale svizzero* (AFS), con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza, è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più rilevanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori questioni e gli interrogativi dell'epoca. I temi e le problematiche – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal centro di ricerca.

I documenti selezionati sono sottoposti a una rigorosa analisi critica e sono messi a disposizione, sotto forma di facsimile corredati di tutti i metadati, nella

banca dati liberamente accessibile Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)). Da questa ricca scelta è tratta un'ulteriore selezione che promuove quei documenti che maggiormente si prestano a illustrare una problematica in maniera paradigmatica. Questi vengono trascritti, corredati di un accurato apparato critico e pubblicati nella serie a stampa dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS). Dopo approfondite ricerche in numerosi fondi d'archivio, per l'anno 1991 sono stati pubblicati circa 1700 documenti nella banca dati Dodis e 62 documenti nel presente volume.

L'edizione presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione riporta per ogni documento un permalink che rappresenta contemporaneamente il suo indirizzo internet permanente. I permalink permettono rimandi diretti e duraturi a documenti e temi così come ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano considerevolmente l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I volumi tradizionali assumono in questo modo una nuova funzione: permettono di andare oltre il contenuto del volume attuale e schiudono l'accesso a un ventaglio ben più ampio di documenti. Le informazioni della banca dati arricchiscono i documenti di numerosi metadati, facilitando così il proseguimento della ricerca nei rispettivi fondi d'archivio.

Il progetto di ricerca si prefigge lo scopo di costituire una documentazione ampia e caratteristica sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero, ma non mira all'eshaustività. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte a un evento o problema particolare; rapporti o analisi che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo dei singoli attori.

La maggior parte dei documenti selezionati per l'anno 1991 proviene dall'*Archivio federale svizzero*, che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei vari dipartimenti federali (ministeri). Nei casi in cui sussistono forti connessioni con l'amministrazione federale, la selezione è stata integrata puntualmente con documenti provenienti da altri archivi (cfr. *elenco dei fondi utilizzati in appendice*). Poiché il governo svizzero applica il principio della collegialità, tutte le questioni di una certa portata vengono prese dal Consiglio federale in corpore. Inoltre, in misura crescente, nella politica estera si rispecchiano questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così, di fatto, tutti i dipartimenti e i relativi uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti selezionati non provengono dunque esclusivamente dal *Dipartimento federale degli affari esteri*

ma pure, in misura sostanziale, da numerosi altri uffici dell'amministrazione federale. Una parte non trascurabile dei fondi esaminati provengono direttamente dal governo, come per esempio i verbali delle sedute e le decisioni prese dal Consiglio federale; dai vari dipartimenti con i relativi uffici; nonché da varie delegazioni o missioni speciali o dal parlamento. Sono state inoltre prese in considerazione lettere di personalità ufficiali o che esercitavano attività semiufficiali, come pure scritti di esponenti di istituzioni private ritenute rilevanti.

I *Documenti diplomatici svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori di Dodis sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della *Costituzione federale* garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il centro di ricerca di Dodis è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore della ricerca. Il centro di ricerca Dodis si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla *Società Svizzera di Storia* (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla *Legge federale sull'archiviazione* (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il centro di ricerca Dodis pubblica un *elenco dei dossier non resi accessibili nell'appendice*. L'elenco contiene i dossier dell'Archivio federale svizzero la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'*appendice* si trovano indicazioni delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure informazioni sulle richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. Un elenco completo e costantemente aggiornato dei dossier che il centro di ricerca Dodis non ha potuto consultare è disponibile online. L'elenco riporta anche il nome del dipartimento federale competente e la data della decisione negativa. Per i dossier ai quali, per motivi legali, il centro di ricerca Dodis non ha potuto accedere, vengono regolarmente presentate nuove richieste di consultazione, così da permettere al servizio mittente di verificare se il periodo di protezione prolungato al quale è stato sottoposto il dossier in questione sia ancora giustificato. Un elenco dei dossier che sono stati resi accessibili posteriormente e dai quali, se del caso, sono stati pubblicati documenti su Dodis, sono consultabili all'indirizzo internet [dodis.ch/dds/Larc](http://dodis.ch/dds/Larc).

Nella parte riservata ai documenti, la struttura del volume si basa sui classici principi delle edizioni di documenti diplomatici. I documenti sono presentati per ordine strettamente cronologico secondo la loro data di stesura. Per facilitarne la consultazione, il volume include un indice e sommario dei documenti con dei regesti nella rispettiva lingua originale.

In linea di massima, i documenti trascritti nel volume e i facsimile presenti nella banca dati Dodis sono pubblicati integralmente. La natura duale dell'edizione, in forma trascritta nel volume e in facsimile nella banca dati Dodis, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione di lunghi testi, evitando così lungaggini e ridondanze. Questa prassi consente la pubblicazione in estratto di fonti che altrimenti, per la loro ampiezza, non troverebbero posto in un'edizione di documenti. I passi soppressi sono sempre indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. Le formule di saluto sono state tacitamente sopprese, tranne quando parevano rivestire un significato particolare. I tagli riguardano soltanto la trascrizione; nella banca dati Dodis i docu-

menti sono sempre consultabili nella loro integralità. Le trascrizioni sono eseguite secondo gli standard della Text Encoding Initiative (TEI) e possono quindi essere consultate su internet nel formato HTML oppure scaricate e utilizzate nel formato XML leggibile dal computer.

La parte redazionale si compone dell'intestazione e dell'apparato critico nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati come pure i sottotitoli. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo.

L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p. es. [dodis.ch/58092](http://dodis.ch/58092)) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. Titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in MAIUSCOLETTO tondo.

Nella prima nota a piè pagina di ogni documento viene indicata la provenienza del documento attraverso la segnatura d'archivio. Oltre alle segnature vengono indicati anche i numeri d'ordine dei dossier (*Aktenzeichen*), così come appaiono negli inventari (p. es. B.25.61.1). Questo facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche. Questa prima nota contiene inoltre indicazioni dettagliate sul tipo di documento, un eventuale numero di serie come pure possibili riferimenti all'autore o ai destinatari nonché informazioni supplementari sulla genesi del documento rilevanti per la critica della fonte.

Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi e telex le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per ogni questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono sempre confrontare il testo trascritto con il facsimile del documento originale nella banca dati in linea Dodis.

Le annotazioni e i testi editoriali sono orientati a un linguaggio inclusivo dal punto di vista del genere, tuttavia alcune formulazioni utilizzate provengono da un contesto storico specifico. Vengono pertanto adottati termini delle fonti come «conferenza degli ambasciatori» o «riunione dei capi di Stato».

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti, temi o compilazioni nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nelle trascrizioni qui pubblicate. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*».

L'appendice del volume conduce a indici ed elenchi dinamici online che collegano i documenti qui pubblicati con una vasta quantità di informazioni contenute nella banca dati Dodis e disponibili nelle sue quattro lingue. Una *tavola metodica* non solo riunisce e raggruppa i documenti per l'anno 1991 secondo il loro focus tematico, ma permette altresì di correlare dinamicamente ulteriori documenti di altri periodi. I *registri* delle *persone*, delle *organizzazioni* e delle *denominazioni geografiche* permettono di trovare rapidamente e in diverse lingue le informazioni cercate.

Dodis intende pubblicare i volumi della terza serie dei DDS (1990–1999) regolarmente alla scadenza dei termini di protezione previsti dalla legislazione vigente. In questo modo, i documenti pubblicati costituiranno un punto cardinale per promuovere e orientare nuove ricerche. Il presente volume sul 1991 è dato alle stampe puntualmente per l'inizio dell'anno 2022. Il raggiungimento di questo ambizioso obiettivo ha comportato uno sforzo immane, impensabile senza l'impegno straordinario di tutti i membri del centro di ricerca. Per la loro dedizione, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica come pure per l'entusiasmo nell'affrontare il lavoro quotidiano, anche nelle difficili condizioni dell'attuale pandemia, ringrazio di cuore i miei colleghi di lunga data Thomas Bürgisser e Yves Steiner così come le ricercatrici e i ricercatori Annina Clavadetscher, Jonas Hirschi, Mattia Mahon e Dominik Matter. Sentiti ringraziamenti vanno pure a Maurizio Rossi e Lena Heizmann per il loro instancabile sforzo su svariate piattaforme e molteplici sistemi informatici, senza il quale difficilmente si riuscirebbe a sfruttare pienamente il potenziale innovativo di Dodis. Ancora nel campo dell'innovazione tecnica, Christiane Sibille e Tobias Steiner, portando avanti il progetto delle scienze umane digitali Metagrid, promuovono in modo decisivo l'interconnessione d'importanti risorse digitali a livello nazionale e internazionale. Un imprescindibile sostegno è stato fornito anche dagli assistenti di ricerca Antonio Giannico, Fabio Guldemann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Janick Rüttimann, Philip Stevanon, Febe Tognina e Marion Wagnières. Un prezioso sostegno è arrivato infine dalle stagiste e dagli stagisti provenienti dalle varie università svizzere come pure da numerosi civilisti: Jan Ackermann, Christophe Bertrand, Lorenz Bischof, Thaddäus Braun, Rudi Brügger, Yannick Dittrich, Agnès Dubler, Cédric Girardin, Benedikt Gottstein, Etienne Gubler, Jacopo Hübscher, Andri Hummel, Julian Yves Jouini, Thomas Leu, Gianni Perlini, Arian Schenk, Yael Schiess, Fabian Schläpfer, Joel Sivakumaran, Simon Staudenmann, Theodor Truffer, Joel Wehrle, Christian Wüthrich und Sebastian Zünd. Mi rallegro per il fatto che le numerose occasioni di lavoro presso Dodis rappresentino un'ottima possibilità di formazione per una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori.

Desidero infine ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di ricerca Dodis o che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in particolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che hanno riposto nella mia persona: l'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali*, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'*Archivio federale svizzero*, in particolare il direttore Philippe Künzler e il suo supplente Stefan Kwasnitza; il *Dipartimento federale degli affari esteri*, rappresentato dal segretario generale Markus Seiler e dalla capo del Servizio documentazione, Elena Wildi-Ballabio. È poi con vivo piacere che voglio ringraziare il comitato scientifico, rappresentato dalla sua presidente Madeleine Herren, la quale mi ha sempre offerto il suo incondizionato sostegno a tutti i nuovi progetti, le iniziative e le innovazioni tecniche e mi ha sempre stimolato a proseguire sulla via intrapresa. Possa questo nuovo volume, puntualmente pubblicato in occasione dell'apertura degli archivi, fungere da tangibile ringraziamento per tutti coloro che con la loro fiducia e il loro sostegno hanno condiviso e partecipato alla realizzazione di questo obiettivo visionario.



### III. Einleitung

Das Jahr 1991 stand für die Schweiz im Zeichen der Feierlichkeiten zum 700. Jahrestag des Bundesbriefs, der seit dem späten 19. Jahrhundert als eigentliche Gründungsurkunde der Eidgenossenschaft angesehen wird. Die dezentralen Feiern in allen Landesteilen sollten nicht zur helvetischen Nabelschau verkommen, sondern hatten zum Ziel, in Zeiten des Umbruchs ein zukunftsgerichtetes und weltoffenes Bild des Landes zu vermitteln. Dies galt insbesondere für den «Europatag» vom 7. September 1991 in Sils im Engadin/Segl, der ganz im Zeichen der Beziehungen der Schweiz zu dem sich einigenden Europa stand: «[L]’Europa è una parte di noi stessi, e noi siamo parte di essa», leitete Bundespräsident Flavio Cotti seine Rede ein. «Così è sempre stato», hielt er gegenüber den zahlreichen prominenten Gästen aus dem In- und Ausland fest. «Così sarà sempre» (Dok. 37, [dodis.ch/57668](http://dodis.ch/57668)). Die apodiktische Statik dieser Verortung steht im krassen Kontrast zur Dynamik der europapolitischen Entwicklungen des Jahres 1991. Obwohl die Schweiz und Europa scheinbar immer eine Einheit waren, galt es nun, wie Cotti aufforderte, mit Zuversicht den «Weg nach Europa» zu beschreiten. Doch wie sah dieser aus? Im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft erschien diese Frage ungewisser denn je.

Hoffte man seit 1989 auf einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) als Königsweg für die Schweiz, so stellte der Bundespräsident fest, dass die Attraktivität eines EWR-Beitritts unter den veränderten Rahmenbedingungen auf dem Kontinent zusehends schwinde. Daher sollten Alternativen ausgelotet werden – «il quesito delle altre vie aperte verso l’Europa». Der bevorstehende Abschluss der Verhandlungen über den EWR-Vertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) liess einen Grundsatzentscheid über das künftige Verhältnis der Schweiz zu Europa vordringlich erscheinen. Allein, die Landesregierung zeigte sich in dieser Angelegenheit orientierungslos und zerstritten. Sollte die Schweiz anstatt des EWR-Vertrags direkt eine Mitgliedschaft bei der EG anstreben? Oder sollte das Land, entgegen der kühnen Vision einer Einigung vom Atlantik bis zum Ural, tatsächlich einen Sonderweg anstreben? Aussenpolitisch hielt das Jahr 1991 zahlreiche weitere Herausforderungen bereit. Der enthusiastisch begrüßte Transformationsprozess in Osteuropa erwies sich als komplexer und aufreibender als erhofft. In der Sowjetunion und in Jugoslawien kam es gar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen über die Neuordnung nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtmonopols. Am Persischen Golf führten die USA eine breite Koalition von Staaten in die erste grosse Militärintervention nach Ende des Kalten Kriegs. Wie sollte sich die neutrale Schweiz in diesen Konflikten positionieren? Welche

Bedeutung kam der Neutralität überhaupt noch zu angesichts einer Vielzahl von Problemen, die je länger je mehr nur in internationaler Zusammenarbeit lösbar schienen? Welche Rolle sollte das Land in internationalen Gremien einnehmen, die nicht nur wirtschaftliche und finanzielle, sondern auch genuin politische Interessen durchzusetzen suchten? Der vorliegende Band der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) beleuchtet diese zentralen Fragen zu den internationalen Beziehungen der Schweiz im Jahr 1991 mit einer Selektion von Dokumenten und einer Vielzahl von Hinweisen auf zusätzliche Quellen und weiterführende Informationen in der Online-Datenbank Dodis.

Turnusgemäss übernahm der Tessiner CVP-Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Departements des Innern (EDI) 1991 das Amt des Bundespräsidenten. Dass Cotti als *primus inter pares* des Regierungsgremiums in seinem Präsidentschaftsjahr auch aussenpolitische und insbesondere eigene Akzente in der Europapolitik setzen wollte, unterstrich er unter anderem in seiner Grundsatzrede am «Europatag». Die Aussenpolitik stand unter der Führung des Neuenburger SP-Bundesrats René Felber, der seit seiner Wahl im Jahr 1987 dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vorstand. Für die Aussenwirtschaftspolitik war der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements (EVD) verantwortlich; seit 1987 war dies der Waadtländer FDP-Politiker Jean-Pascal Delamuraz. Es waren die Bundesräte Felber und Delamuraz, die in den Verhandlungen über den EWR-Vertrag die schweizerische Position zu vertreten hatten. Zentral waren für die Beziehungen zu Europa auch die Verhandlungen über das Transitabkommen mit der EG, die Adolf Ogi (SVP, Bern) als Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) verantwortete. Daneben waren auch die Bundesräte Otto Stich (SP, Solothurn), Arnold Koller (CVP, Appenzell Innerrhoden) und Kaspar Villiger (FDP, Luzern) sowohl als Mitglieder des Regierungskollegiums, als auch als Vorsteher ihrer Departemente – Finanzen (EFD), Justiz- und Polizei (EJPD), respektive Militär (EMD) – in die aussenpolitische Entscheidungsfindung involviert. Die schweizerische Regierungsform mit ihrem Kollegialitätsprinzip, die nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt eingeforderte parlamentarische Mitwirkung, die direktdemokratische Rückkoppelung aussenpolitischer Grundsatzzentscheide im Volk und nicht zuletzt die faktisch alle Bereiche staatlichen Handelns ergreifende internationale Verflechtung führten in der Nachkriegszeit dazu, dass alle Bundesräte aktiv an der Gestaltung der Aussenpolitik mitwirkten. In der Schweiz stammen daher die «diplomatischen Dokumente» nicht nur aus allen Departementen, sondern auch von allen drei staatlichen Gewalten sowie von einer Vielzahl weiterer Akteure, deren Tätigkeit durch unsere Forschungen in der Datenbank Dodis eingehend dokumentiert ist.

#### *Konflikte, Kriege und «Gute Dienste»*

Auf die Hoffnungen des Wendejahres 1990 folgte 1991 die Ernüchterung. Den Prolog bildeten der verzweifelte Versuch Moskaus, die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Waffengewalt zurückzubinden sowie die von den Vereinten Nationen sanktionierte US-Intervention in Kuwait und Irak, einem eigentlichen Testfall für die neue Rolle der einzig verbliebenen Supermacht. Der Bundesrat diskutierte den krisenhaften Jahresauftakt in einer ausserordentlichen Sitzung am 14. Januar. Am 9. Januar hatten US-Aussenminister James Baker und sein irakischer Amtskolleg Tariq Aziz in Genf einen

letzten, vergeblichen Anlauf unternommen, auf bilateraler Ebene eine weitere Eskalation des Konflikts am Golf zu verhindern. Die Schweiz unterstützte logistisch die gescheiterte Vermittlungsaktion von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar und offerierte noch weitergehende «Gute Dienste» ihrer Diplomatie (Dok. 2, [dodis.ch/57332](https://www.dodis.ch/57332)). Bei Ausbruch des Golfkriegs verbot der Bundesrat unter Berufung auf die Neutralität den Überflug des schweizerischen Territoriums durch Kampfflugzeuge und Truppentransporter. Nachdem die Schweiz im August 1990 – erstmals überhaupt – die UNO-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak mitgetragen hatte, wurde diesen Vorbehalten von der Kriegscoalition wenig Verständnis entgegengebracht. Umso mehr bemühte sich die Schweiz mit dem Angebot von Vermittlungsdiensten und durch humanitäre Aktionen sowie Finanzhilfen für die vom Krieg betroffenen Länder, einen positiven Beitrag zur Linderung des Konflikts zu leisten und die Vorteile ihrer Neutralität für die Staatengemeinschaft zu unterstreichen (Dok. 4, [dodis.ch/54707](https://www.dodis.ch/54707)). Gerade am 24. Februar, als die USA nach wochenlangen Luftschlägen ihren Bodenkrieg gegen den Irak begannen, empfing eine Delegation des Bundesrats in Bern den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, den ehemaligen Schweizer Handelsdiplomaten und Chefbeamten Cornelio Sommaruga. Aussenminister Felber versicherte Sommaruga der finanziellen Unterstützung und generellen Rücksichtnahme des Depositarstaats der Genfer Konventionen, woraus sich auch die «neutrale Haltung im gegenwärtigen Krieg» erkläre. Tatsächlich sah sich das IKRK, worauf Sommaruga bei anderer Gelegenheit hinwies, «mit der derzeit aktiveren, engagierteren Aussenpolitik der Schweiz mitunter in eine schwierige Lage» versetzt: «So sei etwa dem IKRK nach der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen den Irak durch die Schweiz vorgeworfen worden, die Schweiz und damit das IKRK seien nicht mehr neutral und unabhängig» (Dok. 14, [dodis.ch/57263](https://www.dodis.ch/57263)).

Nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung des Kalten Kriegs schien der globale Führungsanspruch der Vereinigten Staaten von Amerika kaum bestritten. Anlässlich eines Arbeitsbesuchs in den USA unternahm Staatssekretär Klaus Jacobi zusammen mit diversen Gesprächspartnern vom Nationalen Sicherheitsrat, dem Staatsdepartement und weiterer Behörden einen ausgedehnten geopolitischen Tour d'horizon vom Golfkrieg und dem Nahen Osten über die Entwicklungen in Osteuropa und die europäische Sicherheitspolitik, von Regionalkonflikten in Südafrika, Angola und Mosambik sowie Vietnam, Kambodscha und Afghanistan bis zu Lageanalysen Washingtons bezüglich der Verhältnisse «in verschiedenen Weltgegenden». Ein Referat, das Jacobi während seiner USA-Reise vor den schweizerisch-amerikanischen Vereinigungen in New York hielt, trug den sprechenden Titel «An emerging new world order: Swiss responses» (Dok. 6, [dodis.ch/57921](https://www.dodis.ch/57921)). Die Schweiz war bestrebt, sich unter diesen veränderten Rahmenbedingungen in die internationalen Beziehungen einzubringen. So fällt auf, wie aktiv sich die schweizerische Aussenpolitik im Jahr 1991 bemühte, sich an Seite der Vereinten Nationen, aber durchaus mit eigenen Ambitionen, an der Beilegung oder Verhinderung von Konflikten in verschiedenen Weltgegenden zu beteiligen. Dies geschah etwa durch die Zurverfügungstellung von Diplomaten wie Edouard Brunner, dem schweizerischen Botschafter in Washington, der im März 1991 von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar zum Sonderbeauftragten für den Nahen Osten ernannt wurde. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Bericht von Staatssekretär Jacobi an Brunner über seine Konsultationen im

ägyptischen Aussenministerium: «Die Hauptschwierigkeit liegt zweifelsohne in der sehr starren Haltung der israelischen Regierung, die mit allen Mitteln und auf allen Wegen einen Kampf auf Zeitgewinn führt», so Jacobis Eindruck. Die Siedlungspolitik werde von den Israeli «mit Konstanz und einer Arroganz betrieben», dass selbst «die doch eher vernünftigen Ägypter» die bisherige Reaktion der USA «als lahm und lau» taxieren würden. Jacobi sprach in Kairo auch die mögliche Abhaltung einer Nahost-Friedenskonferenz in Genf an, die schliesslich aber im Herbst in Madrid stattfinden sollte (Dok. 15, [dodis.ch/58300](https://dodis.ch/58300)). Ebenfalls in Absprache mit und parallel zu den Bestrebungen der UNO setzte sich die Schweizer Diplomatie mittels diskreter Verhandlungen für eine gegenseitige Befreiung von Geiseln und Gefangenen insbesondere im Libanonkonflikt ein (Dok. 33, [dodis.ch/58395](https://dodis.ch/58395)).

Ein Augenmerk richtete das EDA bereits seit längerem auf Afghanistan. Im Juni und Juli führte Staatssekretär Jacobi in Kabul, Islamabad und Peschawar Gespräche mit allen massgeblichen Konfliktparteien und bekräftigte das Angebot der Schweiz, komplementär zu den Vermittlungsbemühungen der UNO, durch Schaffung eines neuen Gesprächsrahmens zu einer politischen Lösung der verfahrenen Situation beizutragen (Dok. 29, [dodis.ch/57737](https://dodis.ch/57737)). Des Weiteren beteiligte sich das Land sowohl durch die Bereitstellung einer «Swiss Medical Unit» der Schweizer Armee als auch durch den Diplomaten Johannes Manz, der bereits 1990 zum Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs ernannt wurde, an der Mission der Vereinten Nationen für ein Referendum in der Westsahara (MINURSO). Während die erste schweizerische Beteiligung an einer friedenserhaltenden Mission der UNO in Namibia im Jahr zuvor ein voller Erfolg war, bereitete die MINURSO einige Schwierigkeiten. «Probleme und Frustrationen innerhalb der Operation» erleichterten Botschafter Manz die Entscheidung, sich nach zweijähriger Amtszeit von der MINURSO zurückzuziehen (Dok. 60, [dodis.ch/58732](https://dodis.ch/58732)). Verteidigungsminister Villiger führte bei der Behandlung des «Berichts 90» des Bundesrats über die Sicherheitspolitik vor der zuständigen Parlamentskommission aus, dass das «traditionelle Element der Dissuasion» als Mittel zur Kriegsverhinderung angesichts der Veränderungen in Europa aus Kostengründen «nicht mehr maximalistisch» wie im Kalten Krieg, sondern «angemessen» sein müsse. Der erste Schwerpunkt der Stärkung und Festigung des Friedensprozesses sei vornehmlich ein politischer Prozess. Doch auch hier leiste die Armee ihren «relativ kleinen Beitrag im Sektor der Friedensförderung», etwa als Militärbeobachterin, bei Verifikationen und in Abrüstungsverhandlungen. Zudem plante das EMD eine Beteiligung der Schweiz als Nichtmitglied der Vereinten Nationen bei den Blauhelmtrouppen der UNO (Dok. 22, [dodis.ch/59498](https://dodis.ch/59498)).

Grösste Betroffenheit löste das jugoslawische Drama aus, das sich in nur 300 Kilometer Entfernung abzuspielen begann. Hier schien sich in erster Linie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als Instrument anzubieten, um eine Eskalation des Konflikts zwischen den die Unabhängigkeit anstrebenden Republiken Kroatien und Slowenien auf der einen und Serbien unter Präsident Slobodan Milošević auf der anderen Seite, abzuwenden. Die Schweizer Diplomatie engagierte sich nachdrücklich für eine Erweiterung der Handlungsspielräume der KSZE. Sie unterstützte im Juni auf der ersten Konferenz des KSZE-Ministerrats in Berlin die Schaffung eines Dringlichkeitsmechanismus, wonach ein Ausschuss Hoher Beamter in Krisenfällen zu Sondersitzungen

zusammentreten konnte. Am dritten KSZE-Treffen über die Menschliche Dimension im September in Moskau war die Schweiz massgeblich an der Einführung eines obligatorischen Mechanismus für Berichterstattungsmissionen über Menschenrechtsverletzungen beteiligt (Dok. 46, [dodis.ch/58731](http://dodis.ch/58731)). Im Vorfeld der Moskauer Konferenz wurde im Juli ein von der Schweiz initiiertes KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten in Europa abgehalten, dessen Bilanz zwar umstritten war, das jedoch ein angesichts der Entwicklungen in Osteuropa zentrales Problem akzentuierte. So versuchte die Schweiz – als Ergänzung zu den Bemühungen der EG an der Haager Friedenskonferenz für Jugoslawien – ihre föderalistische Expertise mit einem «Minderheitenvorschlag für Kroatien» zur Entschärfung der Nationalitätenkonflikte in Slawonien und in der Krajina einzubringen (Dok. 50, [dodis.ch/58114](http://dodis.ch/58114)). Das EDA sondierte jedoch im September auch direkt bei Milošević und dem kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman, ob die beiden Hauptkontrahenten Interesse an einem diskreten Treffen in Bern zeigen würden. Als Bundesrat Felber im November 1991 vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats zu Jugoslawien sprach, war die unilaterale Initiative aufgrund von Miloševićs Desinteresse bereits gescheitert, wohl auch – wie Felber einräumte – weil der Bundesrat Ende August Belgrads Aggressionspolitik gegenüber Kroatien mit ungewöhnlich scharfen Worten verurteilt und Serbien öffentlich «en dehors des peuples civilisés» verortet hatte. Schliesslich sollte sich die Schweiz durch ihre Beteiligung an der KSZE-Berichterstattermission über Menschenrechte im Dezember in die internationalen Bemühungen um eine Konfliktlösung einbringen können. Allgemein zeichnete jedoch der Aussenminister ein desillusioniertes Bild: «Avec la Yougoslavie nous sommes dans un domaine où plus personne ne sait ce qu'il faut faire» (Dok. 55, [dodis.ch/57983](http://dodis.ch/57983)).

#### *Migrations- und Flüchtlingspolitik*

Die dramatischen Entwicklungen in Jugoslawien hatten weitreichende Konsequenzen auch im Umgang mit der bedeutenden jugoslawischen Migrationsbevölkerung in der Schweiz. Gemäss EJPD wohnten 1991 über 150 000 Jugoslawinnen und Jugoslawen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz. Dazu kamen 60 000 Saisonniers und Kurzaufhaltende. Im Rahmen der im Mai 1991 definierten Ausländer- und Flüchtlingspolitik, beschloss der Bundesrat, das traditionelle Rekrutierungsland Jugoslawien neu in den Kreis derjenigen Staaten zurückzustufen, aus denen prinzipiell keine Arbeitsmigration mehr erwünscht war, sowie ein 1968 mit Jugoslawien abgeschlossenes Abkommen über die beidseitige Visumsbefreiung zu suspendieren. Mit diesen Massnahmen beabsichtigte die Regierung, «einer massiven und unkontrollierten Fluchtbewegung» aus Kroatien und Kosovo in die Schweiz vorzubeugen. Mit flankierenden Massnahmen und Übergangslösungen bemühte sich der Bundesrat, sowohl humanitären Massstäben als auch den Bedürfnissen der Wirtschaft zu entsprechen. Dabei traten starke Differenzen zwischen den Bundesämtern für Ausländerfragen und für Flüchtlinge, sowie mit dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD und dem EDA auf (Dok. 38, [dodis.ch/57954](http://dodis.ch/57954)). Interessenskonflikte zwischen dem EJPD und dem EDA ergaben sich auch in der Frage der sogenannten *Safe Countries*. Das Aussendepartement machte etwa im November 1991 in einem Mitbericht zu einem Antrag des EJPD, Rumänien, Angola und Bangladesch als verfolgungssichere Länder zu deklarieren, darauf aufmerksam, dass solche asylpolitisch

motivierten Entscheide negative «ausserpolitische, vor allem menschenrechtspolitische Konsequenzen» zeitigen könnten. Das Beispiel Algerien zeige, dass es bei einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation in einem *Safe Country* kaum mehr möglich sei, Länder wieder von der Liste der verfolgungssicheren Länder zu streichen. «Die Bezeichnung eines Landes als verfolgungssicher wirkt zudem wie ein menschenrechtspolitischer Blanko-Check, den die betreffenden Regierungen sowohl in innenpolitischer wie ausserpolitischer Hinsicht verwenden können», so das EDA, um gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass dies «die Glaubwürdigkeit unserer Menschenrechtspolitik in Frage» stelle (Dok. 54, [dodis.ch/57837](https://www.dodis.ch/57837)).

Der Umgang mit Geflüchteten und die zunehmende Verschärfung der Asylpolitik wurden im Jahr 1991 auf breiter gesellschaftlicher Ebene diskutiert, wie die Affäre um die Rückschaffung abgewiesener kurdischer Asylbewerber in die Türkei zeigt. Seit Weihnachten 1990 waren in einem Asylzentrum in Flüeli-Ranft sieben kurdische Flüchtlinge unter grosser Anteilnahme der Schweizer Bevölkerung aus Protest gegen den Wegweisungsbeschluss in einen Hungerstreik getreten. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden äusserte gegenüber dem Bundesrat die Befürchtung, bei der anstehenden Rückschaffung unter grossen Druck zu geraten. In seiner Antwort bekräftigte EJPD-Vorsteher Koller den Entscheid seines Departements und argumentierte in Berufung auf die internationale Praxis, die generell starke Zunahme der Asylgesuche in den letzten Jahren und einen wachsenden Unmut in der Bevölkerung, der sich auch in fremdenfeindlichen Aktionen niederschläge, gegen einen Ausschaffungsstopp (Dok. 3, [dodis.ch/58521](https://www.dodis.ch/58521)). Die Behandlung von Asylsuchenden aus der Türkei wurde im April auch anlässlich des Besuchs von Aussenminister Felber in Ankara thematisiert, wo die kurdische Frage aufgrund des Golfkriegs und der Fluchtbewegungen aus dem benachbarten Nordirak besonders virulent aufflammte. Dieselbe Reise führte Felber auch – als ersten Bundesrat überhaupt – in den Iran. Die Gespräche in Teheran, unter anderem mit Präsident Akbar Häschemi Rafsandschäni, legten offen, dass die Beziehungen zur Islamischen Republik in vielerlei Hinsicht problembehaftet blieben (Dok. 11, [dodis.ch/57361](https://www.dodis.ch/57361)). Für neue Spannungen sorgte Ende Jahr die Verhaftung eines Verwandten Rafsandschänis in Bern, den die französische Polizei verdächtigte, an der Ermordung des letzten Premierministers des Schah-Regimes, Schapur Bachtiar, in Paris beteiligt gewesen zu sein. In der Folge kam es zu verschiedenen Schikanen der iranischen Behörden gegenüber dem schweizerischen diplomatischen Personal in Teheran, gegen welche die Botschaft vehement protestierte (Dok. 62, [dodis.ch/59676](https://www.dodis.ch/59676)).

### *Reformprozess in Osteuropa und Zerfall der Sowjetunion*

Die ungebremste Dynamik der Entwicklungen in Osteuropa hielt die Schweiz auch im Jahr 1991 in Atem. Standen 1990 noch die aus dem demokratischen Wandel sich ergebenden Chancen im Zentrum, so fielen nun zunehmend die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Transition ins Gewicht. «Der Zusammenbruch der Planwirtschaft und die Einleitung des Systemwandels führten zu Rückschlägen in Produktion, Handel und Einkommen», leitete der Bundesrat seine Botschaft zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten im August 1991 ein. «Mehr und mehr wird man sich daher im Westen bewusst, dass Hilfe in viel grösserem Ausmass als bisher vorgesehen unerlässlich ist, um ein Ausbreiten der Hoffnungslosigkeit,

welche die Bemühungen um Reformen und Stabilisierung zunichte machen würde, zu dämpfen.» Nachdem der erste, vom Parlament im März 1990 verabschiedete Rahmenkredit über 250 Mio. CHF schon beinahe vollständig eingesetzt worden war, arbeitete der Bundesrat eine neue Vorlage für einen Kredit über 800 Mio. mit einer Laufzeit von drei Jahren (ursprünglich geplant waren 2,2 Mrd. CHF auf vier Jahre) aus. Unter der «Maxime der solidarischen Mitverantwortung» wollte die Schweiz mithelfen, «gravierende soziale Konsequenzen der Reformprogramme in Ost- und Mitteleuropa abzufedern und damit das Überleben wichtiger Reformmassnahmen sicherzustellen». Neben den bisherigen Schwerpunktländern Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sollten neu auch Albanien, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und die UdSSR berücksichtigt werden (Dok. 35, [dodis.ch/57522](https://dodis.ch/57522)). Anlässlich des ersten Besuchs eines ungarischen Staatsoberhauptes in der Schweiz Ende April sicherte Bundesrat Felber seinem Gesprächspartner die «unverminderte Unterstützung Ungarns durch die Schweiz» zu (Dok. 17, [dodis.ch/57905](https://dodis.ch/57905)). In einem Artikel für die vom EDA herausgegebene Zeitschrift «Die Schweiz und die Welt» strich die für den Europarat zuständige Sektionschefin die Pionierrolle hervor, welche der schweizerischen Delegation 1989 bei der Öffnung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gegenüber Volksvertreterinnen und -vertretern aus den reformorientierten Ländern Osteuropas spielte. Im November 1991 übernahm Bundesrat Felber turnusgemäss den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats (Dok. 57, [dodis.ch/58669](https://dodis.ch/58669)).

Zu Beginn des Jahres 1991 eskalierte nicht nur am Persischen Golf die Gewalt. Am 13. Januar unternahmen in der nach Unabhängigkeit von der UdSSR strebenden Teilrepublik Litauen sowjetische Militär- und Polizeitruppen gemeinsam mit moskautreuen Kräften einen schliesslich gescheiterten Putschversuch, was der Bundesrat in einer Sondersitzung erörterte (Dok. 2, [dodis.ch/57332](https://dodis.ch/57332)). Im August stand dann das sowjetische Machtzentrum selbst im Fokus, als konservative Kräfte im Führungsapparat in einem Staatsstreich den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow absetzten. Bundesrat Felber hielt kurz nach dem Putsch in seiner Eröffnungsrede an der jährlichen Botschafterkonferenz vom 20. August fest: «[N]ous considérons en effet qu'un régime qui s'engage vers la dictature et la réaction doit comprendre qu'il n'y a pas d'avenir» (Dok. 34, [dodis.ch/54827](https://dodis.ch/54827)). Tatsächlich gelang es dem russischen Präsidenten Boris Jelzin am 21. August, den Staatsstreich zu vereiteln. Damit war auch der Weg für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen geebnet. Bereits Anfang September entsandte der Bundesrat eine Delegation des EDA ins Baltikum, um die diplomatischen Beziehungen mit Tallinn, Riga und Vilnius zu formalisieren und Gebiete möglicher Zusammenarbeit abzuklären. Die Schweiz als neutraler, multikultureller Kleinstaat gelte in vieler Hinsicht als Vorbild, so das Fazit, und ihre Expertise in den Bereichen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie beim Aufbau eines Währungs- und Bankensystems sei sehr willkommen (Dok. 39, [dodis.ch/57645](https://dodis.ch/57645)). Auch in den übrigen Republiken des sowjetischen Vielvölkerreichs überschlugen sich die Ereignisse. Ende November besuchte Staatssekretär Klaus Jacobi neben der Kapitale Moskau nicht nur das aufstrebende St. Petersburg – noch kurz zuvor Leningrad genannt –, sondern auch die ukrainische Hauptstadt Kiew. Im Sinne einer pragmatischen Politik wurden Beziehungen sowohl mit der Union als auch mit den Republiken anvisiert (Dok. 58, [dodis.ch/58470](https://dodis.ch/58470)). Einen Monat später war dies bereits überholt: Mit der Alma-Ata-Erklärung vom 21. Dezember 1991

beschlossen die Staatsoberhäupter Aserbaidshans, Armeniens, Weissrusslands, Kasachstans, Kirgistans, Moldawiens, Russlands, Tadschikistans, Turkmenistans, Usbekistans und der Ukraine die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hörte damit auf zu existieren. Bereits am 23. Dezember beschloss der Bundesrat die Anerkennung der sowjetischen Nachfolgerepubliken (Georgien wurde darüber, aufgrund der verworrenen innenpolitischen Lage, erst später notifiziert) und unterrichtete noch am selben Tag deren Präsidenten über den Wunsch, diplomatische Beziehungen aufzunehmen (Dok. 61, [dodis.ch/57514](https://dodis.ch/57514)). Die in Anerkennungsfragen grundsätzlich zurückhaltende Schweiz gehörte bemerkenswerterweise zu den ersten Ländern, die diesen Schritt vollzogen. Die USA sowie die europäischen Staaten folgten erst Tage und teilweise erst Wochen später.

### *Verhandlungen über den EWR-Vertrag*

Im wichtigsten europapolitischen Dossier standen die Karten schlecht für die Schweiz. Die Front der EFTA-Staaten war unter dem Eindruck der Umwälzungen auf dem Kontinent auseinandergebrochen. Da die massgeblichen Partner Österreich und Schweden – vielleicht bald auch Finnland und Norwegen – eine Mitgliedschaft bei der EG anstrebten, sah sich die Kommission in Brüssel gegenüber der isolierten Schweiz kaum mehr zu Konzessionen bereit. Im Gegenteil nahmen die Forderungen stetig zu. So war im März seitens der EG «klar durchgesickert, dass ein Transitabkommen als Bedingung für einen EWR-Vertrag angesehen wird». Die Kommission befürwortete zwar das Prinzip der Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene, drängte aber auf eine Kapazitätserhöhung für Lastwagen, bis die entsprechende Infrastruktur aufgebaut wäre. Die Schweiz sei in den Verhandlungen «in die Enge getrieben worden», gab Justizminister Koller anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung der Landesregierung zu bedenken. Da der Bundesrat stets betont hatte, die Gewichtsbegrenzung und das Nachtfahrverbot für Lastwagen strikt durchzusetzen, verfügte er kaum über Handlungsspielraum. Die Vorschläge der EG seien eine «Frechheit» und «sogar für die Schweiz als unwürdig zu qualifizieren», warf Bundesrat Villiger ein: «Unsere Ehre steht auf dem Spiel.» Auch die Bundesräte Ogi und Stich gingen mit ihm einig, dass der Gotthard «als Pfand dargestellt und teuer verkauft werden» müsse. Verkehrsminister Ogi würde in den Verhandlungen hart bleiben und «deutlich signalisieren, dass die Schweiz auch ohne Verkehrsabkommen leben könnte» (Dok. 8, [dodis.ch/57670](https://dodis.ch/57670)). Schliesslich gelang es aber dem Verkehrsminister, ein befriedigendes Transitabkommen mit der EG zu erzielen (Dok. 51, [dodis.ch/58168](https://dodis.ch/58168)).

Einen mit dem Gotthard vergleichbaren Trumpf hielt der Bundesrat bei den Verhandlungen um den EWR-Vertrag jedoch nicht in der Hand. Die Hoffnungen auf ein Abkommen mit einem Sonderstatus für die Schweiz hatten sich endgültig zerschlagen. «Les négociations se sont révélées, il faut le reconnaître, une suite ininterrompue de déceptions», so die ernüchternde Bilanz von Bundespräsident Cotti. Der Innenminister nutzte sein Präsidialjahr, um verstärkt Einfluss auf die Europapolitik zu nehmen und unterbreitete seinem Kollegen Delamuraz Ende März in einem Schreiben den Vorschlag, die «demütigenden» Verhandlungen über den EWR – dem das Schweizer Stimmvolk sowieso kaum zustimmen würde – so rasch wie möglich zu Gunsten eines direkten EG-Beitritts gesuchs abzu-

brechen: «J'en viens à imaginer qu'une adhésion pure et simple à la CE pourrait être envisagée avec d'avantage de sympathie par le souverain» (Dok. 9, [dodis.ch/57510](http://dodis.ch/57510)). Diese bemerkenswerte Intervention des Bundespräsidenten beim – gemeinsam mit dem Aussenminister in den EWR-Verhandlungen federführenden – Wirtschaftsminister zeugt von der Zerrissenheit der Landesregierung bei der Integrationspolitik. Dissens kam auch an einer Aussprache des Bundesrats Mitte April zum Tragen. Bundesrat Delamuraz legte dar, dass der EWR-Vertrag angesichts des deprimierenden Verhandlungsverlaufs für ihn nur die Transitionszeit hin zu einer Mitgliedschaft bei der EG überbrücken könne. «Faire cavalier seul» dürfe für die Schweiz keine Alternative sein, so sein *ceterum censeo*. Aussenminister Felber, der diese Vision teilte, hob «les nombreux points positifs» und «les avantages certains» selbst eines für die Schweiz unausgewogenen Abkommens hervor. Bundesrat Stich hielt dem entgegen, dass «ein schlechter Vertrag nie als ein Schritt in die richtige Richtung» betrachtet werden könne: «Ein EWR, wie er sich nun jetzt abzeichnet, bedeutet eine Satellisierung der Schweiz». «In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass sich die Schweiz tranchenweise abschlichten lässt», legte Bundesrat Koller nach. Trotzdem sei «die schlechteste aller Hypothesen diejenige, wonach die Schweiz am Schluss als einzige den EWR-Vertrag nicht unterschreiben könnte». Es gelte deshalb, den EWR zu retten. Bundesrat Ogi plädierte generell für eine Neubesinnung, ein grösseres Selbstbewusstsein und einen offensiveren Umgang in der Integrationsfrage: «Wir sind bereit, mit der EG über alles zu verhandeln, sogar über eine Mitgliedschaft, aber nur wenn die EG selbst auch mitmacht.» Ein düsteres Bild vom sich abzeichnenden «diplomatischen Fiasko» malte hingegen Bundesrat Villiger: «Die EG hat die Schweiz an die Wand gedrückt und stellt stets neue Forderungen», so der Verteidigungsminister. «Wir bewegen uns auf dem Weg eines Kolonialstaates mit Autonomiestatut.» Der EWR sei als Dauerlösung nicht akzeptabel und als Übergangslösung nur, wenn eine Beitrittsklausel die baldige EG-Mitgliedschaft garantieren würde. Bundespräsident Cotti plädierte abermals dafür, die EWR-Verhandlungen unter den gegebenen Umständen abzubrechen und direkt die EG-Mitgliedschaft anzustreben (Dok. 13, [dodis.ch/57331](http://dodis.ch/57331)).

Anlässlich des Besuchs des deutschen Aussenministers Hans-Dietrich Genscher im Mai gab Bundesrat Felber in grosser Offenheit seinem Unmut darüber Ausdruck, dass «im Lichte der ständig höher geschraubten Forderungen der EG und der grossen Konzessionen der EFTA-Länder» von den ursprünglich anvisierten «Verhandlungen unter gleichberechtigten Partnern» keine Rede mehr sein könne. Auch der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft des EVD, der die EWR-Verhandlungen leitende Staatssekretär Franz Blankart, bezeichnete die bisherigen Resultate als «verfehlt und für die Schweiz unakzeptierbar». «Als Ausweichlösung habe die Schweiz daher in Brüssel informell einen sogenannten <EWR-light> getestet, wo das gemeinsame Gericht als Schlussstein wegfallt und mittels sechs paralleler bilateraler Verträge für eine gewisse Zeit die wichtigsten Elemente festgeschrieben würden», so Blankart. Genscher erwiderte lapidar, die Schweiz könne sich der Dynamik des europäischen Einigungsprozesses nicht entziehen. Nur als EG-Mitglied könnten «die eigenen nationalen Interessen optimal zur Geltung gebracht werden» (Dok. 16, [dodis.ch/57028](http://dodis.ch/57028)). Im Vorfeld eines Ministertreffens der EG- und EFTA-Staaten in Brüssel Mitte Mai gab sich Bundesrat Delamuraz zurückhaltend gegenüber einem «EWR-light». Gemeinsam mit

Aussenminister Felber plädierte Delamuraz dafür, die Beitrittsperspektive anzukündigen. Konsequenterweise widersetzte sich Finanzminister Stich diesem Vorschlag. Die EG sei «noch zu zentralistisch und zu undemokratisch». Auch Justizminister Koller wehrte sich gegen eine EG-Mitgliedschaft als «Flucht nach vorn». Hauptstrategie solle der EWR bleiben. Eindrücklich zeigt sich neben der Uneinigkeit innerhalb des Bundesrats auch das Ausmass an Zerrüttung zwischen der Landesregierung und ihren Unterhändlern, insbesondere mit Staatssekretär Blankart. Bundesrat Ogi stellte fest, «dass der Bundesrat seine Haltung nicht definiert, während die Chefbeamten weiterhin Erklärungen abgeben». So hätten sie öffentlich «den Tod des EWR angekündigt» und damit «die Haltung der Schweiz verspielt». Schliesslich einigte sich die Landesregierung bezüglich ihrer Haltung zu einer EG-Mitgliedschaft auf die sibyllinische Kompromissformel, dass «ein möglicher Beitritt nicht überhastet beantragt, aber als jene Perspektive verfolgt werden soll, die erheblich an Gewicht gewonnen hat» (Dok. 20, [dodis.ch/57748](http://dodis.ch/57748)).

Bei seinem Besuch bei Bundespräsident Cotti und Bundesrat Delamuraz in Lugano erhöhte Anfang Juni auch Frankreichs Präsident François Mitterrand den Druck auf die Schweiz. Er mahnte verklausuliert, dass die Probleme der EFTA-Staaten in den Augen der Gemeinschaft «se perçoivent très différemment». Immer mehr Länder würden ihren Willen zum EG-Beitritt bekunden und sich den Bedingungen der EG fügen. «Si vous restez dans un très bel isolement», fragte Mitterrand warnend, «les conditions resteront-elles les mêmes?». Die Schweiz könne sich durchaus in den Aufbau Europas einbringen, «mais évidemment en acceptant le plus de discipline». Der französische Präsident führte im Gespräch seine eigene Vision einer europäischen Föderation aus, «une vocation de civilisation et spirituelle des pays à vivre ensemble». Für die osteuropäischen «pays quémandeurs» sei die Annäherung an Westeuropa eine diffizile Angelegenheit. «Ce n'est évidemment pas le cas de la Suisse», so Mitterrand, «mais on ne peut pas non plus fonder une civilisation sur les banques» (Dok. 25, [dodis.ch/58092](http://dodis.ch/58092)).

Bezeichnend ist auch eine Notiz von Staatssekretär Blankart über sein Tête-à-tête mit dem EG-Chefunterhändler Horst Günter Krenzler am Rande der OECD-Ministerkonferenz in Paris vom Juni. Die Schweiz verfüge ««across the board» über ein Modernitätsdefizit von 30 Jahren», sagte Krenzler zu Blankart, und dies «in der Weise der Beschlussfassung, in der Gesetzgebung, im Solidaritätsbewusstsein und letztlich in der Mentalität». Falls ein solches «Defizit» durch einen Beitritt zur EG «korrigiert werden soll», müsse dies über den Wartesaal des EWR erfolgen (Dok. 27, [dodis.ch/58039](http://dodis.ch/58039)). Die Fragen nach der Opportunität und dem Zeitpunkt eines EG-Beitritts überlagerten zunehmend die Verhandlungsstrategie des Bundesrats. Staatssekretär Jacobi beauftragte den EDA-Thinktank «Eurovision» mit der Ausarbeitung von Argumenten für einen EG-Beitritt. Das Arbeitspapier plädierte für einen möglichst baldigen Beitritt der Schweiz zur Gemeinschaft, um am Aufbau einer neuen europäischen Ordnung aktiv mitwirken zu können: «Par ses traditions fédéralistes et démocratiques, sa pratique du consensus, la Suisse est appelée à y jouer un rôle majeur.» Argumente, die gegen einen Beitritt sprachen (Verlust der Neutralität, der direkten Demokratie, der Souveränität und Selbstständigkeit sowie wirtschaftliche und finanzielle Bedenken) wurden in dem Papier entkräftet (Dok. 31, [dodis.ch/58250](http://dodis.ch/58250)). Ebenfalls im Sommer beschäftigte sich die Schweizerische Nationalbank bereits mit den Auswirkungen der im Aufbau befindlichen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

auf die Schweiz. «Je suis persuadé que, indépendamment des options institutionnelles de rapprochement qui nous sont proposées, notre marge de manœuvre s'est réduite», gab sich das Direktoriumsmitglied Jean Zwahlen in einem Referat vor der Bankenkommission überzeugt. «[M]ême en cas d'«Alleingang» constructif, il n'existerait pas d'autre alternative viable que de s'adapter à la plupart des pratiques communautaires.» In einer möglicherweise instabilen Übergangsphase solle sich die SNB bezüglich der Wechselkurspolitik gegenüber der europäischen Gemeinschaftswährung die Handlungsfreiheit vorbehalten. Über kurz oder lang würde man jedoch von der «Welle der WWU» getragen werden, «et cela quelle que soit notre décision à l'égard de l'EEE – sauf, bien sûr, si nous décidions d'adopter une politique d'autosuffisance sur le modèle albanais d'antan» (Dok. 36, [dodis.ch/57653](http://dodis.ch/57653)).

Im Herbst war die Zeit gekommen, sich zu entscheiden: «È l'appello, imperativo, per la Svizzera ad assumere la sua natura europea fino nell'ordine giuridico ed istituzionale», beschwor Bundespräsident Cotti am Ende seiner Rede vom 7. September am «Europatag» die Festgesellschaft in Sils/Segl. «È l'invito alla Svizzera perché abbia a compiere questo storico passaggio, senza precipitazione e senza fughe in avanti, con tutto l'approfondimento che il momento storico straordinario esige, e con la sincerità senza ombre che è richiesta dalla nostra idea dell'Europa, democratica e pacifica, solidale ed ecologica» (Dok. 37, [dodis.ch/57668](http://dodis.ch/57668)).

Fünfzehn Monate nach dem EWR-Verhandlungsbeginn, an der Tagung der EG- und EFTA-Minister in Luxemburg vom 21. Oktober, «soll der Durchbruch erzwungen oder aber das Scheitern der Verhandlungen festgestellt werden», hielt das von den Staatssekretären Blankart und Jacobi präsierte Lenkungsrgremium, der Interdepartementale Ausschuss für die europäische Integration, fest. Es sei deshalb nötig, dass der Bundesrat vorgängig einen Grundsatzentscheid über den EWR treffe. Eine Gesamtwertung der Verhandlungsergebnisse solle die Landesregierung an ihrer Sitzung vom 16. Oktober vornehmen und die Delegation mandatieren. Bereits für den 30. September war jedoch eine Diskussion über die Frage eines EG-Beitritts vorgesehen, «deren Beantwortung, wie der Ausschuss erneut schliesst, das Schicksal des EWR weitgehend bestimmt» (Dok. 44, [dodis.ch/58388](http://dodis.ch/58388)). Als Diskussionsgrundlage diente dem Bundesrat ein vom Integrationsbüro EDA-EVD ausgearbeitetes Aussprachepapier. Darin wurde festgehalten, dass die Verhandlungen über den EWR-Vertrag gezeigt hätten, dass die EG die EFTA-Staaten nicht als gleichwertige Vertragspartei akzeptiere und nicht gewillt sei, auf deren spezifische Bedürfnisse einzugehen. Gleichzeitig entwickle sich die Gemeinschaft mit der geplanten Unterzeichnung des Unionsvertrags unbestritten zum «point de référence pour pratiquement tous les pays européens». Wer dies nicht anerkenne, laufe Gefahr, isoliert zu werden, mit oder ohne EWR. Der Verwaltungsausschuss plädierte also für einen raschen Beitritt zur EG. Sollten Schweden und Österreich der Schweiz zuvorkommen, so würden bezüglich Neutralität und Transitverkehr Fakten geschaffen, denen sich die Schweiz später unterzuordnen hätte. Je früher das Land dagegen der EG beitrete, desto aktiver könne es den Transformationsprozess der Gemeinschaft mitgestalten (Dok. 42, [dodis.ch/57475](http://dodis.ch/57475)).

Eine gesonderte Sitzung zum Thema EG-Beitritt fand nicht statt und auch der Termin vom 16. Oktober wurde verschoben. Erst unmittelbar vor dem Luxemburger Treffen, an seiner ReTraite in Gerzensee vom Samstag, dem 19. Oktober, fasste der Bundesrat einen Grundsatzentscheid sowohl zum EWR-Vertrag als auch zum

EG-Beitritt: «[L]e Conseil décide par consensus et sans vote de dire oui au TEEE et d'autoriser MM Delamuraz et Felber à annoncer officiellement que le Conseil fédéral s'est fixé comme objectif une adhésion de la Suisse à la CE», wie es im Verhandlungsprotokoll heisst. Dies gelte allerdings nur unter dem Vorbehalt, «que la dernière phase de la négociation donne des résultats acceptables dans les domaines qui sont encore ouverts». Im gegenteiligen Fall sollten Delamuraz und Felber den Vertrag zurückweisen. Der Bundesrat würde in der Folge seine Integrationspolitik grundlegend überdenken. Die Einstimmigkeit dieses Beschlusses – der die eigentliche Entscheidung an die beiden federführenden Departementschefs delegierte – erstaunt, da in der vorangegangenen Diskussion abermals die erheblichen Differenzen der Ratsmitglieder untereinander hervorstachen. «Il est vrai que la partie institutionnelle ne peut pas satisfaire la dignité de la Suisse, car on peut parler de satellisation», führte Aussenminister Felber aus. «Si le TEEE est tout de même acceptable, c'est pour les avantages qu'il apporte à notre pays et parce qu'il est transitoire.» Der EWR sei «un important moyen» in Richtung einer EG-Mitgliedschaft. Bundesrat Ogi wertete den EWR «als wichtiger Schritt Richtung Europa». Auch Bundesrat Koller sprach sich abermals deutlich für das Vertragswerk aus: «Der EWR ist als schrittweise Annäherung an die EG gut, auch wenn sich die Volksabstimmung als schwierig präsentiert.» Wenngleich Koller die EG-Perspektive als strategisches Ziel akzeptierte, mahnte er zu Vorsicht. Es wäre falsch, sofort die Beitrittsalternative zu wählen, «denn dieser Weg hätte vor dem Volk keine Chance». Bundesrat Villiger, der im April noch den «Alleingang» einem «Kolonialvertrag» vorgezogen hätte, unterstrich, der EWR habe Stärken und Schwächen und sei jedenfalls nur als Übergangslösung denkbar: «Wenn der Bundesrat die Beitrittsperspektive wählt, kann der EWR angenommen werden.» Bundespräsident Cotti und Bundesrat Stich dagegen plädierten aus unterschiedlichen Gründen dafür, den EWR-Vertrag abzulehnen: «Anstelle eines solchen EWR, wäre es besser, direkt und sorgfältig die Frage des Beitrittes und seiner Folgen für die Neutralität und die direkte Demokratie zu prüfen», so der Finanzminister (Dok. 48, [dodis.ch/57671](http://dodis.ch/57671)). In der Nacht auf den 22. Oktober akzeptierten die Bundesräte Delamuraz und Felber im Namen der Landesregierung in Luxemburg die Verhandlungsergebnisse über den EWR-Vertrag. «La perspective dans laquelle le Conseil place cet accord est celle de l'adhésion», verkündete Felber im November vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats. Die Abgeordneten gaben ihre Genugtuung zum Ausdruck über «l'entente qui a régné au sein du Conseil fédéral» und beglückwünschten die Regierung zum Vertragsabschluss. Auch die Erklärung des Bundesrats bezüglich des strategischen Ziels eines EG-Beitritts quittierten die Abgeordneten mit Befriedigung. «Die Abstimmung über den EWR-Vertrag ist noch nicht gewonnen», mahnte allerdings ein Mitglied der Kommission. «Wir müssen noch eine riesige Arbeit leisten, wenn das Volk diesen Vertrag annehmen soll.» Die Parlamentarierin forderte eine engagierte Informationskampagne des Bundesrats und wies auf einen «starken Gegner» hin: «Herrn Blocher mit einer Organisation, die sehr viel Geld hat und populäre Politiker» (Dok. 56, [dodis.ch/58525](http://dodis.ch/58525)).

### *Internationale Organisationen*

Die Themenpalette der Beziehungen der Schweiz zu den Vereinten Nationen war 1991 breit. Im Zentrum der Sorgen stand wie oft der UNO-Standort Genf,

der mit Wien und New York konkurrierte, sobald das Generalsekretariat einen Aus- und Abbau von Bereichen und Spezialorganisationen bzw. deren Rochade unter den Sitzländern plante. Vor der Drohkulisse eines möglichen Umzugs des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge von der Rhone an die Donau wurde die Schweiz angehalten, eine längerfristige Strategie für den Ausbau der Kapazitäten in Genf zu entwerfen. Da die Schweiz sich seit 1990 bei friedenserhaltenden Aktionen der UNO beteiligte, stellte sich die Frage eines weiteren Engagements im *Peacekeeping*, zumal der Bundesrat künftig eine Beteiligung von Schweizer Armeeingehörigen an Blauhelmsoperationen ins Auge fasste (Dok. 19, [dodis.ch/58341](https://dodis.ch/58341)). Gerade in diesem Punkt stellte sich die Frage der Neutralität. Eine Studiengruppe des EDA hatte vom Bundesrat den Auftrag erhalten, den zukünftigen Stellenwert der schweizerischen Neutralität in der Welt zu analysieren. Dazu gehörte auch die Überprüfung der Vereinbarkeit des Neutralitätsstatus mit einer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Im Interview mit der Studiengruppe Neutralität führte der Rechtsberater des UNO-Generalsekretärs aus, dass neutrale Staaten durch ihr «besonderes <Image>» eher zur Erbringung von Dienstleistungen für die internationale Gemeinschaft in Frage kämen als andere. So gelte die Schweiz «als seriös und unparteiisch». Darüber hinaus erschien dem Funktionär die Neutralität für das Verhältnis zur Weltorganisation nicht als besonders relevanter Faktor, denn: «Wenn die UNO geschlossen gegen einen Staat Stellung beziehe, könne es keine neutrale Haltung mehr geben» (Dok. 30, [dodis.ch/57379](https://dodis.ch/57379)).

Ein weiteres wichtiges Thema waren die Vorbereitungen für die Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Hier erhofften sich die federführenden Departemente eine «Trendwende in der fortschreitenden Umwelterstörung hin zu einer sozial verträglichen, dauerhaften Entwicklung». Die Schweiz wollte sich aktiv in den Vorbereitungsprozess einbringen, insbesondere bezüglich der grossen Herausforderung der Klimaproblematik. Hier zählte man sich zur «Gruppe der fortschrittlicheren Länder bezüglich der zu ergreifenden Massnahmen im Bereich der Vorbeugung und Anpassung» und war an der Ausarbeitung «einer möglichst substanziellen und verpflichtenden internationalen Konvention interessiert» (Dok. 1, [dodis.ch/56189](https://dodis.ch/56189)). Eine alte Pendeuz schliesslich erledigte im Herbst das Parlament durch die fast einstimmige Annahme der UNO-Menschenrechtspakte von 1966. Nun konnte die Schweiz – vor Griechenland, Liechtenstein, Malta und der Türkei als letztes westeuropäisches Land – die internationalen Abkommen ratifizieren, wohlgermerkt mit zahlreichen Vorbehalten besonders bei den wirtschaftlichen und sozialen Rechten (Pakt II). Die Ratifikation würde dem Land die Möglichkeit geben, «d'intervenir de manière plus crédible dans les régions du monde où les droits de l'homme sont bafoués», kommentierte der Aussenminister im Nationalrat (Dok. 41, [dodis.ch/58221](https://dodis.ch/58221)).

Stärker umstritten war während derselben Parlamentssession die Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods. Im März hatte der Exekutivrat des Internationalen Währungs fonds der Schweiz eine ausreichend hohe Quote von 1,7 Mrd. Sonderziehungsrechten zugestanden. Gegen den anfänglichen Widerstand Spaniens, das der Schweiz seine Nichtaufnahme in die G10 nachtrug, erschienen so die Chancen auf einen schweizerischen Sitz im Exekutivrat des IWF – das erklärte Hauptziel des Bundesrats – intakt, wobei noch ungeklärt blieb, welcher Stimmrechtsgruppe das Land angehören würde (Dok. 7, [dodis.ch/58165](https://dodis.ch/58165)). Trotz der Versuche von Abgeordneten aus unterschiedlichen

Lagern mit Nichteintretens- und Rückweisungsanträgen während der Debatte im Nationalrat gegen den Beitritt zu opponieren, gelang es dem Bundesrat, eine grosse Mehrheit für den Beitritt zu überzeugen (Dok. 40, [dodis.ch/58258](https://dodis.ch/58258)). Wenig Manövrierfähigkeit hatte die Schweiz dagegen in den wegen der Agrarfrage blockierten Verhandlungen zur Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (Dok. 5, [dodis.ch/58864](https://dodis.ch/58864)).

Divergenzen gab es auch unter den Mitgliedstaaten der Internationalen Energieagentur, insbesondere bezüglich der Frage, welche Rolle künftig die Kernenergie für die Deckung des Elektrizitätsbedarfs spielen sollte. Bundesrat Ogi kam es zu, Anfang Juni als erster Schweizer Energieminister eine IEA-Ministerkonferenz in Paris zu präsidieren. Die schweizerische Delegation betonte in der Diskussion die «Notwendigkeit einer Harmonisierung von Massnahmen bezüglich der anstehenden Umweltprobleme», was mit liberalen, marktwirtschaftlichen Instrumenten zu bewerkstelligen sei, sowie die Bedeutung der Förderung des öffentlichen Verkehrs (Dok. 24, [dodis.ch/54480](https://dodis.ch/54480)). Erstmals nahm im November ein Mitglied des Bundesrats an einem Gipfeltreffen der Frankophonie teil, das ebenfalls in Paris abgehalten wurde. Im Vorfeld hatte die Schweiz in der Frage der Teilnahme Rumäniens und Bulgariens am Sommet de Chaillot vergeblich gegen die zunehmende politische Vereinnahmung der Bewegung durch Frankreich opponiert (Dok. 53, [dodis.ch/58212](https://dodis.ch/58212)).

#### *Wirtschaftsbeziehungen zu Asien, Lateinamerika und Afrika sowie Entwicklungszusammenarbeit*

Mit seiner Reise nach Südkorea und Singapur vom April beabsichtigte der Vorsteher des EVD nach seinem Besuch in Brasilien im Vorjahr neuerlich, eine einseitige Fokussierung auf die europäische Integration zu vermeiden und den Wunsch der Schweiz zu unterstreichen, «de développer sa présence dans des régions économiquement dynamiques hors d'Europe». Die Entwicklungen in den «Tigerstaaten» Asiens erschien den Handelsdiplomaten, Wirtschaftsführern und Bankenvertretern, die der Delegation angehörten, vielversprechend: «[I]l y a dans cette partie du monde des trains qui partent et qui pourraient partir sans la Suisse, si notre pays n'entreprend pas un gros effort de présence accrue», informierte Delamuraz den Bundesrat. Diese Züge zu verpassen, würde für die Schweiz einen Wettbewerbsverlust bis zur Jahrtausendwende bedeuten, denn «seule une économie qui se mesure sur le marché le plus compétitif du monde pourra être compétitive en Europe en l'an 2000» (Dok. 10, [dodis.ch/57647](https://dodis.ch/57647)). Ökonomische Themen standen auch beim Besuch von Aussenminister Felber in Indien im Oktober im Zentrum. Finanzminister Manmohan Singh, dessen Reformprogramm die hochverschuldete Volkswirtschaft aus der Krise führen sollte, stellte gegenüber dem Gast aus Bern in Aussicht, durch den Schutz von ausländischen Kapitalanlagen und des geistigen Eigentums bessere Investitionsbedingungen zu schaffen. Das Interesse an Asien unterstrich das EDA, indem Bundesrat Felber im Nachgang zu den bilateralen Besprechungen in New Delhi erstmals eine regionale Botschafterkonferenz präsierte (Dok. 47, [dodis.ch/57398](https://dodis.ch/57398)). Die Schweiz verfolgte auch die wirtschaftlichen Deregulierungstendenzen in Lateinamerika weiterhin mit Interesse. Argentinien's Aussenminister Guido di Tella referierte anlässlich seines Besuchs in Bern im April ausführlich über die «Wirtschaftsliberalisierungsmassnahmen» seiner Regierung. Anlässlich der Unterzeichnung eines Investitions-

schutz- und eines Umschuldungsabkommens betonte di Tella im Einklang mit den Bundesräten Felber und Delamuraz «die Wichtigkeit und Vorteile eines offenen Welthandelssystems gegenüber demjenigen einzelner regionaler Wirtschaftsböcke» (Dok. 12, [dodis.ch/58462](https://www.dodis.ch/58462)).

Erstaunlich wenige wirtschaftliche Fragen wurden anlässlich des Besuchs von Staatssekretär Jacobi in Beijing diskutiert. Den chinesischen Begehren nach Investitionen setzte Jacobi «den schweizerischen Wunsch nach einer entschlossenen Reformpolitik, innen- und aussenpolitischer Berechenbarkeit und der Respektierung elementarer Grundrechte» entgegen. Der Schweizer Chefdiplomats bezweifelte allerdings, dass die Willensbekundungen seiner Gesprächspartner zu wirtschaftlicher Öffnung auch eine Bereitschaft zu politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Volksrepublik nach sich ziehen würden. «Hauptproblem in den bilateralen Beziehungen bleibt die Menschenrechtsfrage», so Jacobi. In diesem sensiblen Bereich schlug die Schweiz die Einführung eines regelmässigen Dialogs vor, worauf die chinesische Seite grundsätzlich positiv reagierte. In allen Unterredungen stach die Sorge der führenden Funktionäre um die «Einheit und Stabilität des Vielvölkerstaates» hervor; Beijing sei «offensichtlich durch Desintegrationstendenzen in der Sowjetunion zutiefst alarmiert». Mit Insistenz kamen alle Gesprächspartner auf die Souveränität der Volksrepublik China über Tibet zu sprechen (Dok. 21, [dodis.ch/57590](https://www.dodis.ch/57590)). Zwar betrachtete die Schweiz Tibet offiziell als Bestandteil Chinas, sprach sich aber dafür aus, dass die tibetische Minderheit «ihre eigene Identität finden, ihre jahrhundertalte Kultur beibehalten sowie ihre Religion frei ausüben» könne. Ungeachtet der chinesischen Empfindlichkeiten empfing mit Aussenminister Felber im August erstmals ein Mitglied des Bundesrats das geistige Oberhaupt der Tibeter, den Dalai Lama. Diesen Kurswechsel begründete das EDA mit der «[u]nbefriedigende[n] Entwicklung der Menschenrechtslage seit den Tienanmen-Ereignissen vom 4. Juni 1989, Ereignisse, die hoffnungsvolle Ansätze zu einer liberaleren chinesischen Gesellschaft zum Stillstand gebracht haben». Der Dalai Lama verdiene durch seine gemässigte Haltung eine «offizielle Solidarisierung durch die schweizerischen Behörden», zumal der Friedensnobelpreisträger bei einem gewichtigen Teil der öffentlichen Meinung im Land breite Unterstützung und Sympathien genieisse (Dok. 32, [dodis.ch/55589](https://www.dodis.ch/55589)).

Im Oktober traf Bundesrat Felber in Genf mit Jean-Bertrand Aristide zusammen. Der Armenpriester war im Dezember 1990 bei den ersten demokratischen Wahlen zum Präsidenten der Republik Haiti gewählt, doch bereits im September durch einen Putsch gestürzt und ins Exil gezwungen worden. Die Schweiz hatte für die UNO-Mission Wahlbeobachter zur Verfügung gestellt, engagierte sich in der Entwicklungshilfe für Haiti und die Genfer Polizei hatte zwei Beamte zur Ausbildung der Leibwächter von Präsident Aristide nach Port-au-Prince abgeordnet. Felber verabschiedete seinen Gast indem er betonte, «que la Suisse souhaite son retour à la présidence de Haïti» (Dok. 52, [dodis.ch/57979](https://www.dodis.ch/57979)).

Die Aktivitäten der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA hatten angesichts der wachsenden Differenzierung der Empfängerländer des globalen Südens, der Persistenz von Schuldenkrisen und Armut bei zunehmender wirtschaftlicher Interdependenz, der Ausbreitung regionaler Konflikte, vor dem Hintergrund von Umweltproblemen, demografischen Entwicklungen und neuen Migrationsbewegungen an Komplexität gewonnen. Ein neu entwickeltes «Leitbild der DEH für die 90er Jahre» wurde publiziert,

welches als internes «Managementinstrument» sowie als «Basis für den Dialog mit unseren Partnern in den Entwicklungsländern» dienen sollte (Dok. 28, [dodis.ch/58718](https://www.dodis.ch/58718)). Kurz darauf verabschiedete der Bundesrat zuhanden des Parlaments seine Botschaft über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft. Hilfsmassnahmen würden «in noch weit grösserem Umfang als bisher [...] für Millionen von Menschen weiterhin lebensnotwendig sein». Der Bund leistete in rund achtzig Ländern Nahrungsmittelhilfe sowie Katastrophenhilfe und unterstützte internationale Organisationen sowie Hilfswerke, die dort die überlebenswichtigen Bedürfnisse der Bevölkerung sicherstellen (Dok. 18, [dodis.ch/57414](https://www.dodis.ch/57414)). Ein konkretes Beispiel stellte Äthiopien dar, wo nach dem Sturz des sozialistischen Regimes Ende Mai die Linderung der anhaltenden Hungersnot, auch im separatistischen Eritrea, vordringlich blieb (Dok. 23, [dodis.ch/58911](https://www.dodis.ch/58911)).

### *Selbstbespiegelung im Jubiläumsjahr*

Ausgehend von einer Petition der Hilfswerke fand die Entwicklungszusammenarbeit auch einen prominenten Eingang in die 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft. Mit symbolträchtigen 700 Mio. CHF wollte der Bundesrat einerseits Entschuldungsmassnahmen zugunsten ärmerer Entwicklungsländer finanzieren – eine vergleichsweise frühe Initiative, um gegen das gravierende Problem hochverschuldeter, armer Länder vorzugehen – und andererseits einen Beitrag zu Umweltprogrammen und -projekten von globaler Bedeutung leisten. Während das Parlament die beiden Rahmenkredite mit grosser Mehrheit verabschiedete, erwiesen sich die Verhandlungen mit den Bankengläubigern in der Schweiz über den Kauf kommerzieller Guthaben gegenüber den Entwicklungsländern als schwieriger. So sträubten sich die drei Grossbanken teilweise gegen den Vorschlag, die Ausstände mit einem substantiellen Geschenkelement abzutreten und so einen eigenen Beitrag zum Schuldenerlass zu leisten (Dok. 59, [dodis.ch/57999](https://www.dodis.ch/57999)). Der Zielkonflikt zwischen der Entwicklungspolitik des Bundes und den Interessen des Finanzplatzes, der sich anhand der Entschuldungsfrage manifestierte, blieb nicht die einzige Gelegenheit zur kritischen Selbstbespiegelung der Schweiz im Lichte ihrer internationalen Beziehungen. So markiert das 700. Jahr in der Beziehungsgeschichte der Eidgenossenschaft zum Kirchenstaat in Rom einen weiteren Schritt in Richtung Normalisierung. Zwar hatte der Heilige Stuhl bereits im 16. Jahrhundert eine ständige Nuntiatur in Luzern eingerichtet und nach dem längeren Unterbruch offizieller Kontakte im Zuge des Kulturkampfes amtierte der apostolische Nuntius seit 1923 traditionsgemäss als Doyen des diplomatischen Corps in Bern. Allerdings blieb diese Vertretung einseitig, weil die Schweiz nie einen Gesandten beim Heiligen Stuhl akkreditieren liess. Schliesslich gaben die bestehenden Querelen um den umstrittenen Churer Bischof Wolfgang Haas den Ausschlag, dass der Bundesrat im Oktober 1991 einen Chefbeamten des EDA in Bern zum nicht residierenden Sonderbotschafter gegenüber dem Vatikan ernannte. Damit sollte künftig gewährleistet werden, dass «die schweizerische Wirklichkeit» nicht «nur in der Perzeption des Nuntius nach Rom gemeldet wird» und das EDA sich direkt «über die Hintergründe der päpstlichen Politik gegenüber der Schweiz» informieren konnte (Dok. 45, [dodis.ch/57567](https://www.dodis.ch/57567)).

Nicht allen Menschen war im Jahr 1991 nach Feiern zumute. Unter dem Eindruck des im November 1989 aufgedeckten «Fichenskandals» schien vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden eine Jubelfeier für den «Schnüffelstaat

Schweiz» unangebracht. Im Oktober 1991 wollte der Bundesrat einen Schlussstrich unter eine Affäre ziehen, die im Zuge der Nachforschungen zur exzessiven Überwachungstätigkeit des Staatsschutzes aufgedeckt wurde: Die internationalen Verstrickungen der im November 1990 liquidierten geheimen Widerstandsorganisation P-26. Eine Administrativuntersuchung mit dem Auftrag, die Beziehungen zwischen der P-26 und analogen Stay-behind-Organisationen im Ausland abzuklären, folgte in ihrem Schlussbericht, dass die P-26 keinem internationalen Netzwerk angehört und keine Kontakte zu NATO-Organen unterhalten habe. Dieses Ergebnis, das verschiedentlich geäusserte Spekulationen entkräftete, wertete der Bundesrat «mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der Neutralität der Schweiz als positiv». Allerdings habe die schweizerische Widerstandsorganisation seit 1967 bilaterale Beziehungen mit dem britischen Geheimdienst unterhalten, worüber die Landesregierung nicht ausreichend informiert gewesen sei. Obwohl keine Zweifel an der Loyalität früherer Generalstabschefs bestünden, sei es bedenklich, «dass die britischen Dienste mehr über P-26 wussten, als der schweizerische Bundesrat». «Diese Kompetenzüberschreitung hätte unsere Aussenpolitik kompromittieren können», hielt der Bundesrat fest. «Es kann nicht geduldet werden, dass militärische Führer ohne Wissen der Landesregierung festlegen, wie die Souveränität im Kriegsfall aufrechterhalten wird, und dass sie dafür eigenmächtig Vorbereitungen treffen» (Dok. 49, [dodis.ch/57569](http://dodis.ch/57569)).

Auch für die Frauenbewegung in der Schweiz ging das Jahr 1991 weniger als Jubeljahr denn als Kampfsjahr in die Geschichte ein. Für den 14. Juni, genau zehn Jahre nach der Volksabstimmung über die Aufnahme des Gleichstellungsartikels in die Bundesverfassung, hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still» zum nationalen Frauenstreik aufgerufen. Ausgerechnet an diesem Tag hatte der Bundesrat im Rahmen der 700-Jahrfeier zahlreiche Gäste aus aller Welt zum «Tag der internationalen Beziehungen» in den Nationalratssaal geladen und der ausländische Besuch wurde vor dem Bundeshaus von einem Teil der protestierenden Frauen mit Sprechchören und Pfeifkonzerten empfangen. An die Mitarbeiterinnen des EDA war im Vorfeld der Hinweis ergangen, dass auch an diesem Tag die ordnungsgemässe Weiterführung des Verwaltungsbetriebs vorrangig blieb und im Falle einer Verletzung der Dienstpflicht Disziplinar massnahmen ergriffen werden müssten. «Trotzdem darf von den Führungskräften im Einzelfall einer um bezahlten oder unbezahlten Urlaub nachsuchenden, also allenfalls streikenden, Frau durchaus selbstkritisch überlegt werden, ob die Funktion dieser Mitarbeiterin so eminent wichtig ist, dass ein eintägiger Ausfall nicht zu verantworten ist», so der paternalistische Duktus des Rundschreibens der Verwaltungsdirektion (Dok. 26, [dodis.ch/59621](http://dodis.ch/59621)).

Anlässlich der 700-Jahrfeier fand schliesslich Ende September erstmals eine eidgenössische Jugendsession statt. 246 Jugendliche aus der ganzen Schweiz debattierten im Bundeshaus über aktuelle politische Fragen. Zur schweizerischen Aussenpolitik verabschiedeten sie die Petition «Die Schweiz in der Welt». «Wir Jungen wollen in einer solidarischen Schweiz älter werden» – so die einleitenden Sätze – «[e]s ist uns nicht egal, was in den anderen Ländern dieser Welt passiert.» Die Jugendsession forderte von den «Regierenden unseres Landes» Massnahmen zugunsten der Menschenrechte, der Entwicklungszusammenarbeit, des internationalen Umweltschutzes, der Asyl-, Abrüstungs- und Friedenspolitik sowie eines gerechten Handels bis hin zum Beitritt zur UNO und zur EG. Holzschnittartig

entwarfen die Jugendlichen ein aussenpolitisches Aktionsprogramm, das den Zeitgeist der Öffnung und des Aufbruchs atmete. Gleichzeitig äusserten die jungen Menschen starke Vorbehalte gegenüber der aussenpolitischen Entscheidungsfindung in der Schweiz, die sie angesichts der Dynamik globaler Prozesse als zu träge und zu zögerlich empfanden. «Wir sind nicht einverstanden mit der bisherigen Aussenpolitik von Bundesrat und Parlament», hielten sie ihre Kritik abschliessend fest: «Darum gehen unsere Forderungen weiter, und wir erwarten, dass die Schweiz eine Vorreiterrolle einnimmt, schnell reagiert und handelt» (Dok. 43, [dodis.ch/58000](https://dodis.ch/58000)).

Bern, Dezember 2021

THOMAS BÜRGISSER und SACHA ZALA



Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* ist das Kernstück der Grundlagenforschung zur Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen. Sie enthält zahlreiche Querverweise zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und Orten in der Datenbank Dodis. Band 1991 beleuchtet den Ausbruch des Golfkriegs und der Jugoslawienkriege, den Zerfall der Sowjetunion sowie den Abschluss der Verhandlungen über den EWR-Vertrag.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* est la pierre angulaire de la recherche fondamentale sur les relations extérieures de la Suisse. Elle renvoie abondamment vers d'autres documents, thématiques, personnes, organisations et lieux de la base de données Dodis. Le volume 1991 donne à voir le déclenchement des guerres du Golfe et de la Yougoslavie, l'effondrement de l'Union soviétique ainsi que la fin des négociations de l'accord sur l'EEE.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* costituisce il nucleo della ricerca di base sulla storia delle relazioni estere della Svizzera. Contiene innumerevoli rimandi ad altri documenti, temi, persone, organizzazioni e luoghi della banca dati Dodis. Il volume 1991 evidenzia lo scoppio della guerra del Golfo, delle guerre in Jugoslavia, il crollo dell'Unione Sovietica e la conclusione dei negoziati sul trattato SEE.

**Dodis**

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften  
Académie suisse des sciences humaines et sociales  
Accademia svizzera di scienze umane e sociali  
Accademia svizra da ciencias humanas e socialas  
Swiss Academy of Humanities and Social Sciences



**OPEN**  
science

ISBN 978-3-907261-07-1



9 783907 261071 >